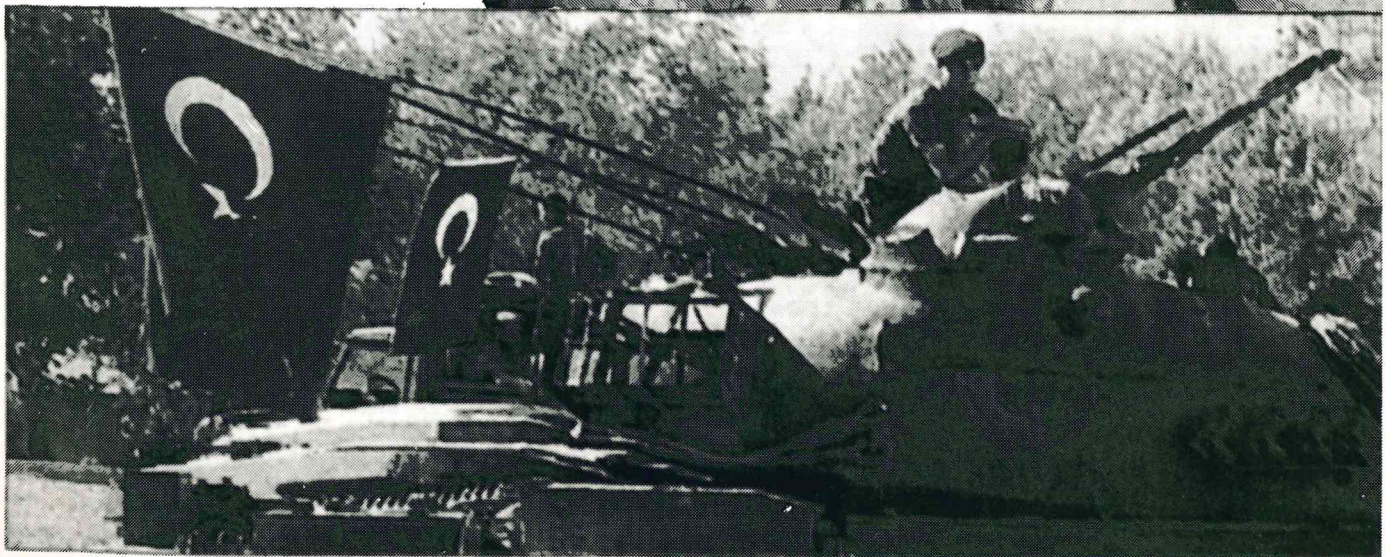


türkei information

Nr.46
Oktober 1992
3,- DM

Morde,
Massaker,
Vertreibung –
und Panzer,
geschmückt mit
türkischen
Fahnen:

**So erkennt
die
türkische
Regierung
die
kurdische
Realität an!**



Inhaltsverzeichnis

*Zerstörung und Massaker in Sirnak
Acht Jahre Guerillakrieg in Türkei-Kurdistan
Seite 3*

*Delegationsbericht
"Sirnak ist heute eine verlassene Stadt"
Seite 5*

*Britische Untersuchungsdelegation in Sirnak
Seite 7*

*Nimmt Özal die Initiative erneut in die eigene Hand?
Seite 8*

*Interview mit der Menschenrechtsstiftung in Istanbul
Seite 10*

*Neue Orientierungen in der türkischen Außenpolitik
Seite 13*

*Gesundheitsprobleme in Nord-Kurdistan
Seite 15*

*Kurdische nationale Bewegung in der ehem. Sowjetunion
Seite 19*

*Deutsche Delegation im Gecekondu Küçükarmutlu
Seite 20*

*Nachrichten aus Cumhuriyet
Seite 21*

IMPRESSUM:

Hrsg.:
Türkei Informationsbüro
c/o. S. Hasselbring
Postfach 910843
D- 3000 Hannover 91
+
Anschriff:
Türkei Informatinsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91
Telefon: 0511 / 33 21 44
Telefax: 0511 / 31 86 52
+
Erscheinungsweise:
2 monatlich
+
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der
Redaktion wieder!

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name:.....

Anschriff:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

Zerstörung und Massaker des Staates in Sirnak

Acht Jahre Guerillakrieg in Türkei-Kurdistan



Cukurca, ein kleiner Ort in Türkei-Kurdistan, wurde Anfang September vom Militär besetzt und zerstört

Der offene Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk hat mit dem Massaker in Sirnak neue Ausmaße angenommen. Vom 19. August an erlebte die kurdische Stadt mit ca. 30.000 EinwohnerInnen über eine ganze Woche lang den zerstörerischen Terror der türkischen Armee und der Spezialeinheiten, dem nach verschiedenen Angaben zufolge über 20 Menschen zum Opfer gefallen sind. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ist bis dato noch unbekannt.

Der türkische Staat und seine Sicherheitskräfte behaupteten, es hätte einen Überfall der kurdischen Guerilla in Sirnak gegeben, der abgewehrt worden wäre. Die PKK und die Guerilla erklärten, es hätte sich in Sirnak kein einziger Guerillero aufgehalten. Trotz der widersprüchlichen Angaben (z.B. gaben die offiziellen Stellen die Zahl der kurdischen WiderstandskämpferInnen, die angeblich Sirnak überfallen haben, in den ersten Tagen mit 700-800 an; schon in den darauffolgenden Tagen wurde deren Zahl auf 2-3000 hochgeschraubt) und Informationen zu dem, was sich in Sirnak genau ereignet hat, bleibt doch eines festzu-

halten:

Die Armee hat über mehrere Tage lang eine Ausgangssperre verhängt, kein Mensch, keine JournalistInnen, keine MenschenrechtlerInnen wurden in die Stadt hineingelassen; kein Mensch durfte die Stadt verlassen. Sogar der Vizeregierungschef İnönü mußte nach seinem Besuch in Sirnak zugeben, er hätte keine Gelegenheit gehabt, mit den Einwohnern der Stadt zu sprechen, da ja Ausgangssperre herrsche. Nachdem Sirnak so total von der Außenwelt abgeschirmt wurde, konnte sich dort die türkische Armee mehrere Tage lang austoben. Es gibt kein Gebäude mehr in der Stadt, das nicht von schweren Geschossen beschädigt oder zerstört wäre. Nach einer Woche hat die Zivilbevölkerung die Massenflucht nach Cizre und in andere umliegende Orte ergriffen. Über 20.000 Menschen haben, zum größten Teil zu Fuß, die Stadt verlassen. Sirnak wurde im Rahmen der Strategie der Entvölkerung Kurdistans praktisch 'kurdienfrei' gemacht. Nach Angaben des Gouverneurs gibt es in der Stadt nur noch Soldaten, Polizisten und Dorfschützer. Die Stadt ist praktisch von der

türkischen Armee besetzt, die sich dort wie eine klassische Kolonialarmee verhält. Obwohl die offizielle Version in der Türkei immer noch die ist, daß es außer der türkischen Fahne keine andere Fahne in der Türkei geben könne, hält es die Armee wichtig, von den Panzern aus, die die Stadt besetzt halten, türkische Fahnen zu schwenken, die bildlich ihren Charakter als Besatzungsarmee zum Ausdruck bringen.

15. AUGUST 1984 - 15. AUGUST 1992: VON DER 'ERSTEN KUGEL' ZUM VOLKSAUFSTAND

Sowohl das Massaker in Sirnak als auch hunderte von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Sicherheitskräften und der kurdischen Guerilla und verschiedene Aktionen in fast allen Städten (Spontandemonstrationen, massenhafte Ladenschließungen aus Protest gegen den Staatsterror in Kurdistan u.ä.) in diesem August gewinnen ihre Bedeutung auf dem Hintergrund des Jahre-

stages der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK in Kurdistan.

Am 15. August 1984 hatten Guerillaeinheiten der kurdischen Arbeiterpartei PKK in Eruh und Semdinli die ersten bewaffneten Aktionen durchgeführt und so den bewaffneten Kampf gegen die Unterdrückung und Unterjochung des kurdischen Volkes, gegen die jahrzehntelange Verleumdung seiner nationalen Identität durch den türkischen Staat in einer politischen Atmosphäre eingeleitet, die noch deutlich die Spuren der Terror- und Einschüchterungspolitik des Militärputsches vom 12. September 1984 trug.

Anlässlich dieses in der Geschichte des kurdischen Befreiungskampfes wichtigen Jahrestages wird es nötig, eine politische Bilanz des Krieges in Türkei-Kurdistan zu ziehen.

Als 1984 die ersten bewaffneten Aktionen durchgeführt wurden, reagierte der türkische Staat mit seiner klassischen Propagandamethode. Er erklärte, man hätte "mit einer Handvoll Separatisten und Terroristen zu tun, deren Wurzeln man sehr bald ausrotten" werde. Diese arrogante Einschätzung, die auf der offiziellen Ideologie beruhte, die in der Türkei keine Kurden sondern nur "Bergtürken" kannte, die angefangen bei der kurdischen Sprache alle kulturellen Ausdrucksformen des kurdischen Volkes verboten und dieses mittelalterliche Verbot jahrzehntelang aufrechterhalten hatte, erwies sich im Laufe der folgenden Jahre als fatal für den türkischen Staat; mehr noch als eine bloße Wunschvorstellung, die jeder Realität

entbehrte.

Im Laufe ihres unter schweren Bedingungen durchgeführten bewaffneten Kampfes hat die kurdische Arbeiterpartei PKK unter dem kurdischen Volk eine massenhafte Verankerung erreicht, die heutzutage sogar vom Staatspräsidenten Özal selbst so ausgesprochen und offen zugegeben wird. Einschätzungen verschiedener politischer Kreise, auch z.T. der offiziellen Stellen, zufolge ist die PKK in Türkei-Kurdistan die entscheidende politische Kraft - noch weit vor den offiziellen politischen Parteien des türkischen Staates.

Auch politische Erfolge von gesetzlicher Natur hat der bewaffnete Kampf zu verzeichnen: unter dem Druck des immer mehr den Charakter eines Volksaufstandes annehmenden Kampfes des kurdischen Volkes, aus dem Ausland und der günstigen internationalen Lage mußte der türkische Staat die Existenz des kurdischen Volkes anerkennen und das Verbot der kurdischen Sprache aufheben. Obwohl die Worte Özals oder des gegenwärtigen Regierungschefs Demirel, sie würden "die kurdische Realität anerkennen", einem Meilenstein - sowohl in der Geschichte des kurdischen Volkes als auch in der von Lügen vollen türkischen Geschichte - gleichkommen, haben weder sie selbst noch die Herrschenden in der Türkei daraus die entsprechenden Konsequenzen für die Kurdistanpolitik des türkischen Staates gezogen.

Einerseits wird gegenüber dem Ausland und der Öffentlichkeit in der Türkei jeden Tag von 'Demokratie, demokratischen Grundprinzipien und Menschenrechten' geredet, an denen sich der türkische Staat orientiere, (die gegenwärtige Regierung unter Demirel hat immer noch Erfolg mit dieser Demagogie), andererseits wird der of-

fene Krieg gegen das kurdische Volk immer brutaler und schmutziger, werden Linke auch im Westen der Türkei in fünf oder zehner Gruppen massakriert, geht die Folter bei der Polizei weiter.

Die beliebten Floskeln 'Demokratie und Menschenrechte' dienen dem türkischen Staat zur Maskierung seiner physischen Ausrottungspolitik - sowohl in Kurdistan als auch in der Türkei.

Während es die PKK in den ersten, den bewaffneten Aktionen folgenden 8 Jahren, geschafft hat, das kurdische Volk weitgehend unter ihrer Fahne zu vereinigen und eine stabile Guerillarmee aufzubauen, deren Schlagkraft mit jedem Tag zunimmt, hat sich der türkische Staat mit seiner Fixierung auf eine militärische Lösung des kurdischen Problems, mit seinen Angriffen und Massakern an der Zivilbevölkerung, mit seinen klassischen Einschüchterungsmethoden und seiner Vernichtungspolitik in eine völlige Sackgasse hineinmanövriert. Dessen bewußt, daß er sich in einer Sackgasse befindet und den entscheidenden Sieg gegen die Guerilla nicht davontragen kann und wird, favorisiert er trotzdem die militärische Lösung und weitet den Krieg in Form von zur Zeit lokalen Massakern auf die Zivilbevölkerung aus. Dies wiederum kann nur noch zum endgültigen Verlust seiner in Kurdistan noch übriggebliebenen, schmalen gesellschaftlichen Basis führen.

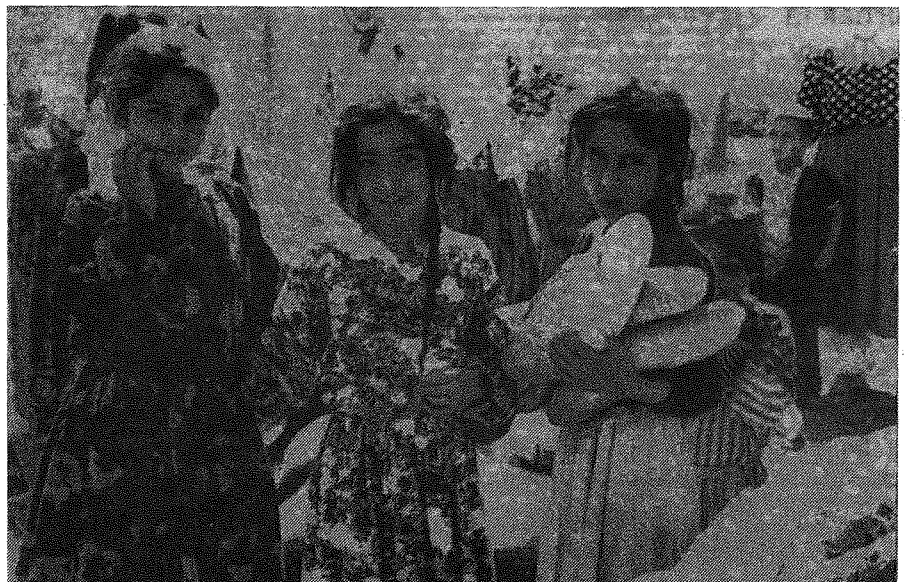
EINE ZAHLENMÄSSIGE BILANZ DES KRIEGES IN TÜRKIE-KURDISTAN

Nach Angaben der Guerilla wurden zwischen August 1984 und August 1992 9.516 Soldaten, Polizisten und

"DAS AUSNAHMEZUSTANDGEBIET IST EIN TRÜMMERHAUFEN"

Nach dem Wirtschaftsbericht der Industrie- und Handelskammern des Osten und Südosten habe der Südosten mit infrastrukturellen Problemen zu kämpfen, die noch aus der osmanischen Zeit stammten. Die größten Probleme seien das schnelle Bevölkerungswachstum zusammen mit der Abwanderung in die Städte, die niedrige Alphabetisierungsquote, die vor allem bei Frauen weit unter den Landesdurchschnitten liege, sowie die Gesundheitsprobleme. Die Säuglingssterblichkeit liege in Diyarbakir bei 12,2%, in den Dörfern bei 22%. In den Gesundheitsstationen könne man nur selten einen Arzt finden.

Cumhuriyet, 7.6.92



Angehörige der Spezialeinheiten und 1.920 Dorfschützer und Spitzel getötet. In der selben Zeit ließen 1.026 Guerilla-KämpferInnen ihr Leben.

Nach Angaben des türkischen Staates hingegen starben 830 Soldaten, Polizisten und Dorfschützer und wurden 2.500 Guerillas getötet. 850 Zivilisten sollen nach Angaben des Staates umgekommen sein.

DIE TÜRKEI SETZT WEITERHIN AUF EINE MILITÄRISCHE LÖSUNG

Während des Massakers in Sirnak haben sowohl Regierungschef Demirel und sein Vize İnönü als auch die Generäle der Armee sich in aller Deutlichkeit hinter das Massaker der türkischen Armee gestellt und die bisher unveränderte Position vertreten, wonach der türkische Staat es in Kurdistan mit "Terroristen und Terror" zu tun hätte und er mit allen Mitteln ihn zu zerschlagen gewillt sei. Während der Generalstabchef von "einem Krieg" sprach, bei dem "die Armee gesiegt" hätte, betonte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei (SHP) İnönü: "Wir werden weiterhin Gewalt anwenden!"

Auch der Nationale Sicherheitsrat und der Ministerrat, die von Özal nach dem Massaker in Sirnak zu einer außerordentlichen Sitzung nach Diyarbakir berufen wurden, betonten in ihrer Erklärung, daß "die Türkei alle Mittel einsetzen werde, um die Wurzeln des Terrors sowohl im In- als auch Ausland total auszurotten." Beschwört wurde von neuem, daß der Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk "über Parteigrenzen hinweg eine nationale Sache" sei. Die nationale Front, die die türkischen Nationalchauvinisten aller Couleur seit Jahren aufzubauen trachten, hat nach den Ereignissen in Sirnak wieder einmal die Oberhand gewonnen.

In Sirnak hat der türkische Staat ein lokales Massaker veranstaltet, wie es im April am kurdischen Nationalfeiertag Newroz vorpraktiziert wurde. Die Ereignisse in Sirnak zeigen deutlich, daß der türkische Staat mit aller Entschlossenheit den kurdischen Volksaufstand militärisch unterdrücken will.

Dies zeigt sich auch in der praktischen Haltung Özals, der am ersten Tag des Massakers in Sirnak ein Interview gab, in dem er vorschlug, "auch die Föderationsfrage" öffentlich zu diskutieren. Er diktierte aber auch die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates, die praktisch die militärische Lösung weiterhin favorisiert.

Özal schlug in dem Interview vor,

auch eine Föderation zwischen den türkischen und kurdischen Völkern zu diskutieren. Er fügte hinzu: "In einer solchen Diskussion kann besser klar gemacht werden, daß es keine Föderation geben kann. Ich selbst bin gegen eine Föderation. Eine Föderation würde auch die Region schädigen." Mit solchen Vorschlägen spielte Özal sich wieder als ein "Reformer" in der kurdischen Frage auf. Diese Erklärung

Özals durfte dann von fast allen Parteien zurückgewiesen und hart kritisiert werden. Solche Erklärungen scheinen aber nur die Funktion zu haben, den Eindruck zu erwecken, eine offene Diskussion auch in der kurdischen Frage sei in der Türkei möglich. Denn wie sonst ist das Massaker in Sirnak zu erklären? Wie die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates unter dem Vorsitz Özals?

Delegationsbericht:

Sirnak ist heute eine verlassene Stadt

Die Ereignisse vom 18. - 21. August in Sirnak und die Berichterstattung darüber haben viele unbeantwortete Fragen auch an die verantwortlichen Politiker des türkischen Staates aufgeworfen. Während ein Teil der Presse gemäß den offiziellen Verlautbarungen des Staates über die Ereignisse berichtete, beschreiben andere Me-

dien die wahren Begebenheiten. Dabei ist es im Laufe der Zeit auch immer offener zutage getreten, daß die offizielle Berichterstattung über die bewaffneten Auseinandersetzungen und Vorfälle im Ausnahmezustandsgebiet zwischen türkischem Militär und Kämpfern der PKK seit Jahren gefälscht war.



Nicht zuletzt hat die vom Staat verfälschte Wiedergabe der Ereignisse in Sirnak während des Newroz-Festes dazu geführt, daß ein großes Mißtrauen bei den demokratischen Institutionen über die Glaubwürdigkeit solcher Berichte entstanden ist und diese dazu übergingen, die Ereignisse selbst zu beobachten, bzw. sich an Informationen aus erster Hand zu halten.

Wir sind mit einer Gruppe, bestehend aus Journalisten, Künstlern, Professoren und Rechtsanwälten, vom 1. - 3. September selbst nach Sirnak gefahren, um unsere Beobachtungen und die Aussagen der dort lebenden Menschen zu veröffentlichen.

Das, was wir dort vorgefunden haben, brachte uns zu dem Schluß, daß der Staat einen Krieg gegen die wehrlose und unbewaffnete Bevölkerung begonnen hat. Gleichzeitig haben die offiziellen Stellen eine irreführende Öffentlichkeitskampagne gestartet, um die Wahrheit über die Angriffe auf die wehrlose Bevölkerung zu vertuschen. Wir wollen im Folgenden unsere Erkenntnisse und Beobachtungen kurz zusammenfassen.

Der türkische Staat versucht offensichtlich Sirnak vor der Öffentlichkeit der Türkei und der ganzen Welt zu verstecken, weil Sirnak der Beweis seines Verbrechens ist.

30 Kilometer vor Sirnak, in Kasrik Bogazi, werden alle Beobachter, egal ob Landsleute oder ausländische Beobachter, angehalten. Man versucht sie an der Weiterreise zu hindern. Wir haben in Kasrik Bogazi zwei Stunden gewartet bis wir weiterfahren durften um am Ortseingang von Sirnak wiederum angehalten zu werden. Dort teilte man uns mit, daß wir ohne eine private Erlaubnis nicht in die Stadt fahren dürften. Erst als wir nach dem Kriegsrechtskommandanten fragten und bei diesem eine schriftliche Genehmigung einholen wollten, ließ man uns nach langem Zögern weiterfahren.

Sirnak ist heute eine verlassene Stadt, eine Geisterstadt. Nicht nur, weil die Bewohner die Stadt verlassen haben, sondern auch, weil diese Stadt vor der Welt verschlossen bleiben soll. Der staatliche Terror hat einen Überfall auf die Zivilbevölkerung gemacht und ein Blutbad angerichtet. Zurückkehrende Menschen finden weder Arbeit noch Wohnung in den durch den Beschuß durchlöchernten Gebäuden. Manche Häuser und Wohnungen waren Zielscheiben für Panzer. Unsere Delegation hat es mit eigenen Augen gesehen: Bei Häusern, durch deren Wände die Geschosse nicht durchdrangen, wurden Stahltüren völlig

DER NATIONALE SICHERHEITSRAT DER TÜRKEI TAGT UND ERKLÄRT AUS DIYARBAKIR

Nach Meldung von Anadolu Ajansi

Der Nationale Sicherheitsrat ist am 27.8.1992 unter Vorsitz von Staatspräsident Özal zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, an der Ministerpräsident Demirel, der Generalstabschef Dogan Güres, der Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, der Innenminister Ismet Sezgin, der stellvertretende Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Erdal İnönü, der Kommandant der Landstreitkräfte Muhittin Tasunoglu, der Kommandeur der Marine Vural Beyazit, der Kommandeur der Luftwaffe Halis Burhan, der Kommandeur der Gendarmerie Esref Bitlis und der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Ahmet Cörekci teilnahmen.

Auf der Sitzung des Rates wurde betont, daß

1. zum Schutz der unteilbaren Einheit unseres Staates, des Landes und des Volkes, der Kampf gegen den separatistischen Terror im Rahmen der Gesetze mit allen notwendigen Mitteln weitergeführt wird, bis der Terror beendet ist,

2. daß die Terrororganisation überall, in den Bergen, auf dem Land, in der Stadt, im Aus- und Inland verfolgt wird und ihr die notwendigen (militärischen) Schläge versetzt werden,

3. und daß zur Entwicklung der Region und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der Region wie auch in der Vergangenheit alles in der Möglichkeit unseres Staates Stehende getan werde.

4. Dank gebührt der Unterstützung, die unsere Parteien, unsere Presse und unser Volk, für die das Problem, mit dem unser Land und unser Staat konfrontiert ist, ein nationales, über den Parteien stehendes ist, den Sicherheitskräften zuteil werden lassen, die bei der Verhinderung der Angriffe gegen die unteilbare Einheit von Staat, Land und Volk mit großem Einsatz, Aufopferung, Opferbereitschaft und Heldentum ihren Dienst verrichten. Demgegenüber trifft man bedauerlicherweise auf Verhaltensformen, die dem Terror und Separatismus den Rücken decken. Wer es auch sein mag, niemand hat das Recht, die Terrororganisationen, die den inneren Frieden des Landes stören und unschuldige Bürger, Soldaten, Polizisten umbringen, anzuspornen.

5. Es wurde auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Tatsache verwiesen, daß an den bisher verfolgten Grundprinzipien und Praktiken unter Einhaltung der Regeln des demokratischen Rechtsstaates, der die Grundlage der unteilbaren Einheit von Staat, Land und Volk darstellt, und bei der uneingeschränkten Fortbestand der Souveränität von Gesetz und Ordnung und unter Wahrung von Frieden und Sicherheit unseres Volkes festgehalten wird.

6. Unter Berücksichtigung der jüngsten Vorfälle in Sirnak wurde beschlossen, unter Beachtung der wichtigen Erfordernisse der Sicherheitskräfte die sozialökonomischen Maßnahmen und Regelungen für die Region zu verstärken und der Regierung mitzuteilen, daß alles Notwendige getan wird, um Sirnak wieder in Frieden bewohnbar zu machen.

Übersetzung: Ronald Offeringer

durchlöchert. Fast alle Arbeitsplätze, Geschäfte und Büros, in denen Menschen gearbeitet haben, wurden zerstört und ausgeplündert. Außer den Lebensmittelgeschäften und Apotheken, mußten Läden und Betriebe, die leichte aber teure Waren verkauften, geschlossen werden.

Das soziale Leben der Bevölkerung von Sirnak ist zerstört; Wohnungen und Arbeitsplätze sind vernichtet, die Autos der Bewohner verbrannt, die Tiere getötet. Die genaue Zahl der getöteten Menschen ist nicht bekannt, man schätzt, daß es 20 bis 25 Tote gab. Die

Zahl der Getöteten blieb deshalb so gering, weil sich die Bevölkerung schon im Rahmen des Newroz-Festes Notunterkünfte in den Kellern hergerichtet hat. (Die Bewohner von Cizre machen es ebenso.)

Weder ein Guerilla-Angriff noch sonst eine Begründung rechtfertigen solche Angriffe auf eine wehrlose Zivilbevölkerung. Darüberhinaus existiert kein einziger Beweis für die angeblichen Angriffe der Guerilla auf Sirnak. Die Tatsachen deuten eher auf das Gegenteil. Unsere Delegation betrachtet es als ihre Pflicht, ausdrücklich

darauf hinzuweisen, daß zivile Gebäude völlig durchlöcherf sind, während Polizeistationen und staatliche und militärische Gebäude nicht einen Kratzer aufweisen. (Außer einer Polizeistation, auf die schon vorher ein Brandanschlag verübt worden war.)

Wenn es wirklich einen Guerilla-Angriff gegeben haben sollte, warum sind dann diese Gebäude unbeschädigt geblieben?

Das ist noch nicht alles. In einer Stadt, wo die Straßen so schmal sind und die Wohnungen so dicht aneinander, sind nur die Häuser der Zivilbevölkerung zerstört und nicht die Wohnungen der Sicherheitskräfte. Dieser Angriff scheint bis ins kleinste Detail geplant worden zu sein.

Auf unsere Fragen, ob es wirklich einen Guerilla-Angriff gegeben hat, hörten wir nur die Antwort: "Nicht mal einen Guerilla haben wir gesehen."

Wir hatten in Sirnak die Gelegenheit für kurze Zeit mit dem Bürgermeister von Sirnak, Ahmet Hamdi Yildirim (ANAP), zu sprechen. Auch er gab die selbe Antwort wie die Bevölkerung. Er sagte auch, daß es bis jetzt keinen Beweis für einen Guerilla-Angriff geben würde.

Leider waren der Provinzgouverneur von Sirnak und der Landrat von Cizre nicht bereit, mit uns einen Termin zu vereinbaren um die Meinung der Bevölkerung über den Staatsterror zu diskutieren.

Der Krieg des Staates gegen die Bevölkerung ist nicht auf Sirnak und Cukurca beschränkt. In den Dörfern rund um Sirnak und um Cizre gibt es genauso kaltblütige Massaker. In diesem Gebiet gab es auch in Heccdan (Yogurtcular) und Biryani (Dagkonak) am selben Tag wie in Sirnak Angriffe. Als ein Beamter von dem Angriff in Heccdan (Yogurtcular) erfuhr, sagte er zu unserer Delegation, daß wir uns gut erkundigt hätten und das dieses Dorf mit der Guerilla in Verbindung stand. Deswegen sollten sie es nicht anders verdient haben.

Als unsere Delegation am 2. September in Cizre war, erfuhren wir, daß auch versehentlich das Gebäude des staatlichen türkischen Fernsehens TRT von einer Bombe getroffen worden ist. Bewohner des Dorfes Sah sagten, daß die Soldaten absichtlich Wohnhäuser bombardiert hätten.

In der selben Nacht war unsere Delegation auf der Beerdigung von Bende Özdemir, die während der Brandstiftung in ihrer Wohnung erstickt ist. Wir trafen auch zwei andere Frauen mit Brandverletzungen.

Wieder in der selben Nacht hat unsere Delegation gesehen, daß über der Autobahn Cizre-Silopi ein Helikopter aus Richtung Hisar (Süryani) geflogen kam. Später haben wir gesehen,

daß dort Rauchwolken aufstiegen. Während die Angriffe fortgesetzt werden, sind wir Zeugen geworden, daß man die Bevölkerung auch außerhalb Sirnaks unter Druck setzt. Sie sollen nicht nach Sirnak zurückkehren.

Bei all diesen Vorfällen müssen wir eines betonen:

Alle Tatsachen weisen darauf hin, daß der Staat einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung begonnen hat. Diesen kaltblütige Krieg, gegen alte Menschen, Frauen, Kinder, gegen wehrlose Menschen, sollte man als schmutzigen Krieg bezeichnen. Alle Kurden mit denen wir Verbindung hatten, haben die Türken als ihre Geschwister bezeichnet. Doch sie meinten auch, daß wenn Gutmütigkeit mit Angriffen beantwortet wird, wird es sehr schlimm enden.

Einige Angehörige der demokrati-

schen Presse und der Arbeiterpartei haben die Gefahren des Staatsterrorismus gesehen. Er soll so schnell wie möglich beendet werden.

Wir rufen alle auf, die das Leben und die Zukunft der Menschen verteidigen, diese Region mit den eigenen Augen anzusehen um mit der amtlichen, falschen Berichterstattung genauer umgehen zu können.

Haluk Gerger (Autor), Bilgesu Eranus (Künstlerin), Ahmet Kahrman (Autor), Sungur Savran (Professor) Esbor Yagmurdereli (Autor, Rechtsanwalt), Cezmi Ersöz (Journalist), Ibrahim Gürbüz, Ayse Zarakolu (Verfasserin), Eren Keskin (Rechtsanwalt), Aydin Erten (Verfasser), Imam Sahin (Rechtsanwalt), Ali Beyköylü (Verfasser), Recep Marasli (Verfasser)

Britische Untersuchungsdelegation:

"Deutsche Waffen werden gegen die kurdischen Zivilisten benutzt"

Eine hochrangige und unabhängige britische Untersuchungsdelegation, die einen Augenzeugenbericht über die Ereignisse um die kurdische Stadt Sirnak vorlegte, bestätigte soeben den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament, Lord Avebury, und Michael Feeney, Chefberater für Flüchtlingsfragen beim britischen Kardinal Hume, bestätigten in einem ersten Bericht die Beschießung der kurdischen Stadt Sirnak mit Granaten aus deutschen Tanks des Typs Leopard. Darüberhinaus liegen medico international Originalfotos vor, die den Einsatz von RPG 7 (Panzerfäusten) aus NVA-Beständen eindeutig dokumentieren.

Die Attacken mit Waffen aus Beständen der Bundeswehr und

der ehemaligen NVA, die der türkischen Regierung kostenlos geliefert wurden, ereigneten sich besonders in der Zeit 18.-26. August 1992.

Durch dieses Ereignis wird der Briefwechsel zwischen Außenminister Kinkel und seinem türkischen Amtskollegen Cetin in seinem vollen Umfang verletzt und die Bundesregierung brüskiert, da das entsprechende papier angeblich ausdrücklich den Nichteinsatz solcher Waffen gegen kurdische Zivilisten garantierte.

Unter diesen Umständen fordert medico international die Bundesregierung auf, nunmehr endgültig und dauerhaft ein striktes Waffenembargo gegen die Regierung in Ankara zu verhängen, wenn sie weiterhin glaubwürdig und handlungsfähig bleiben will.

Bekanntlich hat auf Einladung des Verteidigungsausschusses im

NIMMT ÖZAL DIE INITIATIVE ERNEUT IN DIE EIGENE HAND?

Der gegenwärtige Staatspräsident Özal hatte in der nach dem Militärputsch von 1980 berufenen Regierung das Amt des Vizeministerpräsidenten bekleidet. An den Parlamentswahlen vom November 1983, die der erste Schritt der Militärregierung in Richtung einer "zivilen Regierung" waren, hatte er mit seiner gerade gegründeten Partei ANAP 45 % der Stimmen bekommen und war mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Auch nach den Parlamentswahlen von 1987 konnte er sein Amt als Ministerpräsident fortführen.

Nachdem die Amtsperiode des Chefs der Militärjunta, Kenan Evren, als Präsident zuende ging, stellte er sich als Kandidat für dieses Amt auf und wurde mithilfe der Mehrheit seiner Partei im Parlament zum Staatspräsidenten gewählt (1989). Dieses Vorgehen Özals wurde damals und auch später hart kritisiert.

Özal, der sich nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten nach wie vor wie ein Ministerpräsident benahm, in alle Angelegenheiten eingriff, die Innen- und Außenpolitik weiterhin zu bestimmen versuchte, erntete damit sowohl in seiner eigenen Partei als auch in der Öffentlichkeit negative Reaktionen. Denn die Staatspräsidentenschaft in der Türkei war ein symbolisches Amt zur Repräsentation des Staates, hatte kein Exekutivbefugnis. Auch wenn die Verfassung von 1982 die Befugnisse des Staatspräsidenten ausgeweitet hat, war in der offiziellen politischen Ordnung der Türkei nach wie vor die Regierung für die Exekutive zuständig.

Jedoch sorgte dieses Verhalten Özals in den Gremien des Staates nicht für weitergehende Auseinandersetzungen, da seine eigene Partei in der Regierung war. Der Ministerpräsident und die Minister der ANAP fügten sich Özals Willen.

Die DYP (Partei des rechten Weges) und die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) hingegen, die Ende letzten Jahres die Regierung bilden konnten, wurden 1983 von der Beteiligung an Parlamentswahlen von der Militärregierung ausgeschlossen. Sie konn-

ten sich erst 1987 an den Wahlen beteiligen. Der Führer der DYP, Demirel, hatte in der Türkei jahrelang das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet. Özal war vor dem Militärputsch von 1980 der Berater Demirels.

Der Führer des Koalitionspartners der DYP, also der SHP, hingegen war der Sohn eines der Ex-Staatspräsidenten der Türkei, von Ismet İnönü, und gleichzeitig Professor für Physik. Die Sozialdemokraten hatten versucht, diese Eigenschaften Erdal İnönüs auszunutzen, um ihre Partei an den Wahlen teilnehmen zu lassen und das Hindernis eines Vetos durch die Militärregierung zu überwinden. Sie hatten die Vorstellung, daß die Militärjunta wegen İnönüs Stellung die sozialdemokratische Partei nicht verhindern würde. Jedoch ging ihre Rechnung nicht auf: Evren und seine Freunde hatten auch der Partei İnönüs die Beteiligung an den Wahlen von 1983 untersagt.

Als sich nach den Regionalwahlen von 1989 deutlich herausstellte, daß die Wählerunterstützung der ANAP weit unter 30 % herabgesunken war, haben die DYP und SHP mit einer intensiven Kampagne die Türkei zu vorgezogenen Parlamentswahlen gedrängt. Eines der Motive Demirels und İnönüs, die sie in dieser Kampagne vorbrachten, war die Stellung Özals und seine Eingriffe in die Innen- und Außenpolitik. Diese Kritiken an Özal sorgten für Wählerunterstützung. Daneben versprochen beide Parteien, daß sie die Periode nach dem Militärputsch beenden und die Türkei demokratisieren würden.

Die Niederlage der ANAP bei den Wahlen letztes Jahr hatte die Annahme bekräftigt, daß Özals Gewicht in der Innen- und Außenpolitik abnehmen würde. Denn zwei Özal gegenüber oppositionelle Parteien hatten sich auf eine Koalitionsregierung verständigt. Das Koalitionsprotokoll, das von beiden Parteien unterzeichnet wurde, enthielt auch die erklärte Absicht, Özal seines Amtes als Staatspräsidenten zu entheben. Beide Parteien hatten öffentlich erklärt, daß sie Özals Staatspräsidentenschaft als illegitim betrachten. Interessant ist, daß die DYP

und SHP'ler sich mit Özal nicht trafen, an seinen offiziellen Einladungen nicht teilnahmen und das Parlament verließen, wenn dieser ins Parlament kam, solange sie noch in der Opposition waren.

Als Staatspräsident Özal kein Hindernis davor stellte, daß beide Parteien die Regierungsgeschäfte übernahmen, wurde im Dezember 1991 die Koalitionsregierung offiziell gebildet. Nun trafen sich die Führer der DYP und SHP, aber auch deren Minister, mit dem Staatspräsidenten Özal. Ohne Zweifel spielten dabei neben ihrem Opportunismus auch gesetzliche Vorschriften eine Rolle.

Jedoch lag der eigentliche Grund dafür, daß es etwa seit einem Jahr kaum einen ernsthaften Streit zwischen Özal und den Führern der Koalitionsregierung gab, in der politischen Situation, in der sich die Türkei befand. Die bürgerlichen Parteien und herrschenden Klassen waren davon überzeugt, daß die Grundlagen des Staates gefährdet sind, die PKK die territoriale Einheit des Staates gefährde und die Unklarheiten der "neuen Weltordnung" die äußere Sicherheit der Türkei bedrohten. Diese Überzeugungen zwang sie zur größtmöglichen Einheit in ihrem Vorgehen.

Trotz des Scheins der Einheit und des Kompromisses unter dem Druck dieses Zwanges bestand der Konflikt zwischen Özal und der Regierung weiterhin. Zunächst hatte Özal versucht, Zeit zu gewinnen, indem er so tat, als ob er sich in die Regierungsgeschäfte nicht einmischen würde. Demirel und İnönü hingegen hatten alle Hand damit zu tun, die Bürokratie mit ihren Kadern zu besetzen.

Der Streit zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten ließ nicht lange auf sich warten. Dieser Streit ging zunächst nicht um politische Fragen, sondern um die Ernennung von Bürokraten. Özal unterzeichnete manche Ernennungsbeschlüsse der Regierung nicht, so daß die Regierung die Staatseinrichtungen nicht mit ihren eigenen Kadern besetzen konnte. Immer noch warten auf dem Tisch Özals zweihundert der Regierung wichtige Beschlüs-

se auf Unterzeichnung.

Auf die so entstandene Krise folgte eine Krise der Auslandsreisen. Als der Staatspräsident ohne Wissen der Regierung sich auf eine Reise in die zentralasiatischen Länder machte, sah sich die Regierung gezwungen, öffentlich zu erklären, daß die Befugnis, bilaterale Abkommen zu unetzeichnen, bei der Regierung liege. Als Özal in dieser Frage zurückwich, organisierte Demirel rasch eine USA-Reise. Er sprach im Februar dieses Jahres mit Bush, dann mit Führern anderer Staaten. Das Abkommen über den Schwarzmeer-Kooperationsrat, die danach folgenden Reisen Demirels durch die ehemals sowjetischen Turkrepubliken waren Ausdruck dafür, daß die Regierung in der Außenpolitik die Initiative an sich riß.

Jedoch zeigten die Sommermonate von neuem, daß Özal nicht aufgegeben hatte. Er wurde wieder aktiv. Als die ANAP keine effektive Oppositionspolitik betrieb, nahm er auf die Partei Einfluß, um die Regierung in die Enge zu treiben. Jedoch hatte er mit dieser Taktik keinen Erfolg, da der Vorsitzende der ANAP, Mesut Yilmaz, Özal gegenüber Abstand hielt. Daraufhin versuchte Özal seinen Einfluß auf die ANAP-Abgeordneten und Funktionäre geltend zu machen, um einen außerordentlichen Parteikongreß der ANAP einberufen zu lassen. Er arbeitet immer noch an diesem Plan.

Özal hat im August weitere Schritte eingeleitet. Der wichtigste darunter ist die Provokation in Sirtak. (Siehe dazu den Artikel "Zerstörung und Massaker des Staates in Sirtak")

Es ist nunmehr offensichtlich geworden, daß die Ereignisse in Sirtak eine staatliche Provokation waren. Es ist sicher, daß diese Provokation mit Wissen Özals von der Armee und dem Regionalgouverneur für Ausnahmezustand veranstaltet wurden.

Özal hat mit diesem Ereignis von neuem sein Gewicht in der Innenpolitik erhöht. Er hat diese Ereignisse zum Vorwand genommen, um den Nationalen Sicherheitsrat zu einem außerordentlichen Treffen nach Diyarbakir zu berufen. Der Nationale Sicherheitsrat ist zusammengesetzt aus Armeekommandanten, dem Staatspräsidenten, den Funktionären des Geheimdienstes MIT, dem Ministerpräsidenten, den Innen-, Außen- und Verteidigungsministern. Dieser Rat hat per Verfassung die Aufgabe, Ratschläge für die Innen- und Außensicherheit zu erarbeiten. In der Realität wird die Türkei von dieser Institution regiert.

Am selben Tag, an dem Özal den Nationalen Sicherheitsrat zu einer Sitzung einberief, sollte im Parlament über die Ereignisse in Sirtak beraten werden. Özal wußte dies und setzte die

Sitzung trotzdem auf diesen Tag. Damit verfolgte er das Ziel, die Armee und die Regierung in einen Streit zu verwickeln. Özal hatte gedacht, daß Demirel den Tagungsort und -termin des Nationalen Sicherheitsrates ablehnen würde. So wollte er Demirel in die Enge treiben. Aber Demirel begab sich nicht in diese Falle Özals.

Interessant ist, daß Özal wegen diesem Verhalten gerade vom Vorsitzenden der ANAP kritisiert wurde. Mesut Yilmaz sprach vom Respekt vor dem Parlament.

Özal, der anlässlich der Provokation in Sirtak mit seinem Vorhaben, den Nationalen Sicherheitsrat und die Regierung zu führen, Erfolg hatte, hat dann trotz der Ablehnung und Warnung der Regierung eine Delegation der Irakischen Opposition empfangen, in der auch Barzani und Talabani vertreten waren. (Es wird angenommen, daß er mit ihnen über die Pläne zum Sturz Saddams beraten hat. Es wird daran erinnert, daß eine Woche vor diesem Treffen die USA, Frankreich und England auch den Süden Iraks zu einer "Schutzzone" erklärt haben.)

Danach hat Özal am 7. und 8. September Türkei-Kurdistan bereist. Er rief den Kurden, den Staat zu achten und in den Westen der Türkei übersiedeln, um Arbeit zu finden.

Weitere Beispiele können aufgeführt werden. Jedoch taucht in der gegenwärtigen Situation die Frage auf, warum Özal erneut all diese Aktivitäten entwickelt hat?

Diese Frage muß kurz beantwortet werden:

Sicherlich versucht Özal seine persönliche Macht zu erhalten. Jedoch genügt diese Erklärung allein nicht, um sein Verhalten zu verstehen. Denn erstens ist sein Amt als Staatspräsident zur Zeit nicht in Gefahr und zweitens ist es überhaupt nicht logisch, für persönliche Macht solche Abenteuer zu veranstalten wie in Sirtak.

Hinter dem Verhalten Özals steckt die Absicht, entsprechend der US-Politik über die Armee die Innenpolitik in der Türkei neu zu gestalten. Die Kurdische Frage wird in diesem Zusammenhang und zur Durchsetzung dieser Strategie ausgenutzt.

Der Grund dafür, die Innenpolitik der Türkei nezugestalten, liegt darin, daß die gegenwärtige Regierung in bezug auf die Nahost- und Zentralasienpolitik der USA Gleichgewichte einhaltend reagiert. Demirel und İnönü beachten sowohl wegen den Interessen der Klassen und Schichten, auf die sie sich stützen, als auch wegen ihrem politischen Programm, die Gleichgewichte zwischen den USA und der EG.

Die USA hingegen fordern von der Türkei, daß sie sowohl in der Frage des Irak als auch in der Politik gegen Iran sich aktiver auf ihre Seite stellt. (Die Beziehungen zwischen Iran und der Türkei sind nach den Ereignissen in Sirtak gespannt, da türkische Kampfflugzeuge die iranische Lufthoheit unter dem Vorwand, PKK'ler zu verfolgen, die eine Grenzstation der türkischen Armee überfallen hatten, verletzt haben, obwohl die PKK erklärt hatte, daß sie den Angriff nicht von Iran aus gestartet hatte.)

Özal's Politik und die Interessen der von ihm repräsentierten Klassen und Schichten (in Kürze aus der Türkei einen großen und mächtigen Staat zu machen, dessen Einfluß vom Balkan bis Zentralasien reicht) treffen sich mit den Zielen der USA.

Jedoch stellen die Struktur der DYP-SHP-Regierung und deren Haltung, aber auch die öffentliche Meinung zur Zeit ein Hindernis dar, um die Politik Özals und der USA sofort umzusetzen. Die Regierung hat sogar damit Probleme, die Frist für die "Schutztruppen" der UNO im Südosten des türkischen Staatsgebietes, die angeblich die Kurden schützen sollen, zu verlängern.

All diese Faktoren drängten Özal zu mehr Initiative. Die Operation in Sirtak und die nachfolgenden Entwicklungen haben die Regierung und die Öffentlichkeit mit einer vollzogenen Tatsache konfrontiert. Özal versucht, mithilfe der Armee und der Methoden der Counter-Guerilla die Regierung und die Gesellschaft zur Annahme der oben beschriebenen Politik zu zwingen.

Wielange die Initiative Özals in der Innenpolitik anhalten wird, ist zur Zeit noch ungewiß. Es gibt viele Faktoren in der Türkei, die es verhindern, daß jeder Wille der USA und Özals auch umgesetzt wird. Diese Faktoren stellen sich als schwer überwindbare Hindernisse dar. Mit den Provokationen der Staatssorgane, über die Özal herrscht, können diese Hindernisse nicht kurzfristig überwunden werden.

Trotzdem ist es deutlich, daß Özal erneut in die aktive Politik zurückgekehrt ist.

Es wird sich in Kürze herausstellen, ob die DYP und die SHP, die die Regierung gebildet haben, weil sie u.a. die Absetzung Özals versprochen, mit ihrer gegenwärtigen Politik aufhören werden, die einer halbherzigen Kapitulation vor der Politik Özals gleichkommt.

Interview der Frauenzeitschrift *kadinca* mit den Verantwortlichen der Menschenrechtsstiftung in Istanbul

DIE MENSCHENRECHTSSTIFTUNG (IHV) EINE STIFUNG ZUR BEHANDLUNG VON GEFOLTERTEN

"Wir waren im Metris Gefängnis. Garbis Altinoglu war auch in unserer Zelle. Sie kamen und wollten Garbis Altinoglu holen. Wir wollten in nicht herausgehen. (...) Daraufhin führten sie mit dem Folterteam eine Operation in unserer Zelle durch. Mit Balken, mit Knüppeln, mit Nägelstöcken, mit Schläuchen... Sie streckten die 16 Personen in der Zelle zu Boden, einige unserer Freunde wurden ohnmächtig in die Krankenstation gebracht. Garbis Altinoglu nahmen sie mit. Draußen vor dem Guckloch schlugen ihn 10 Soldaten halbtot. Und sie brachten ihn weg... Sie brachten Garbis nach Kahramanmaraş zur Folter. Als er Monate später in unsere Zelle zurückkam, erkannten wir ihn nicht. Garbis war, als er abgeholt wurde, gepflegt, gesund. Als er zurückkam, sah er aus wie ein abgemagerter, erschöpfter, dünner, ungepflegter Junge. Er war so klein geworden... 75 Tage hatte er nicht gegessen. Und sie haben ihn auf jegliche Art gefoltert. Von den Füßen bis zu den Knien war er entzündet. Ebenso seine Achselhöhlen. Kurze Zeit später nahmen sie Garbis Altinoglu aus unserer Zelle und warfen ihn in eine Isolierzelle."

Yalcin Tunc gibt ein Beispiel dafür, was sich nach 1980 abspielte. Er, der die gleiche Zelle, das gleiche Essen, die verbrauchte Luft, die Hungerstreiks, die Prügel mit ihm teilte, erzählt, was Garbis passiert ist. Die Menschen wurden in Polizeihaft genommen, gefoltert, verhaftet, sie wurden verkrüppelt, sie starben... Aber es gab keine einzige Einrichtung, die den Gefolterten half! Und in dieser Zeit wird vom Menschenrechtsverein und den 32 Gründern des Vereins die Menschenrechtsstiftung gegründet, die diejenigen behandeln soll, die aufgrund der Gefängnisbedingungen, der menschenunwürdigen Behandlung, der Folter Gesundheitsprobleme haben. Nach der Gründung wird in Istanbul und Izmir eine Vertretung eröffnet. Die Stiftung arbeitet unabhängig ohne irgendwelche Hilfe vom Staat. Das einzige, was sie vom Staat erwartet, ist der Stopp der Folter...

DAS GRUNDLEGENDE ZIEL DER MENSCHENRECHTSSTIFTUNG (IHV) IST DER KAMPF GEGEN DIE FOLTER

- Arbeitet die Menschenrechtsstiftung in der Hauptsache mit Gefolterten?

IHV: Der Gründungsgedanke der Menschenrechtsstiftung entstand in einer ziemlich akuten Krisenzeit. Die Tatsache, daß es eine große Anzahl von Gefangenen von 80 gab und daß es für sie keinen Ort gab, der sich mit den an das Gefängnisleben geknüpften Schwierigkeiten und mit der Beseitigung dieser Schwierigkeiten beschäftigte, ließ eine solche Stiftung entstehen. Eigentlich ist der Kampf gegen die Folter eines der Grundziele der IHV, d.h. vorrangig zu verhindern, daß es Folter gibt. Aber wir waren im Gegensatz dazu gezwungen, die Folter als Gegebenheit anzuerkennen und die Stiftung dementsprechend zu gründen. Es gehört auch zu den allgemeinen Zielen unserer Stiftung, daß, auch wenn die Folter ein Ende finden sollte, wir verschiedenen Gruppen helfen, die in Bezug auf die Menschenrechte ihre Rechte nicht erhalten, oder sich dabei in Schwierigkeiten befinden.

Aber dies ist ein Ideal, ein Wunsch. Denn wir erwarten nicht, daß sich in der Türkei die Repressionen innerhalb des



Tote TIKKO-Mitglieder nach Spezialteameinsatz auf konspirative Wohnung (Cumhuriyet von 21.7.92)

Verhörsystems, die Mißhandlungen und die Gefängnisbedingungen in naher Zukunft verbessern. Selbst wenn wir annähmen, daß es keine neuen Vorfälle mehr gebe, so wissen wir doch, daß die alten Fälle sowohl an den physischen als auch den psychologischen Wirkungen ihr Leben lang oder zumindest eine lange Zeit leiden werden und eine Rehabilitation benötigen.

- *Wer wendet sich in der Hauptsache an Sie?*

IHV: In Istanbul haben sich am meisten Personen an uns gewandt, die bei der bedingten Freilassungen im April und Juli (91) freikamen, d.h. solche, die 8 oder auch 12 Jahre saßen. Wenn man bedenkt, daß die schwere Folter in der ersten Haftzeit passiert, sind das entweder die, die die langfristigen Wirkungen und entstandenen Behinderungen erleben, oder die lange Zeit unter den unzureichenden Gefängnisbedingungen gelebt haben...

1991 haben sich 32 Erwachsene und 3 Kinder an uns gewandt. Von den Erwachsenen waren 4 Frauen. Eines der Kinder mußte zusehen, wie sein Vater verprügelt wurde. Aus diesem Grund war dieses Kind auch direkt der Folter ausgesetzt. Im Januar 1992 hatten wir 16 Anträge. Sei es, weil die Zahl unserer Mitarbeiter oder weil unser Budget begrenzt ist, geben wir den Fällen Vorrang, die Folter oder schlechten Gefängnisbedingungen ausgesetzt waren. Wer sich an uns wendet, hat meist eine politische Vergangenheit. Daneben gibt es auch solche, die aufgrund ihrer sexuellen Neigungen, weil sie nicht heterosexuell sind, gefoltert und mißhandelt wurden. (...)

- *Mit welchen Krankheiten kommen die meisten?*

IHV: Sie kommen am meisten mit orthopädischen Krankheiten und neurologischen Problemen. D.h. Krankheiten, die die Gelenke und Muskeln betreffen. Aufgrund von langem Aufhängen (meist an den am Rücken zusammengebundenen Armen-TI) entstehen Probleme und Schmerzen am Rücken und den Schultern. Außerdem gibt es Ohren-, Nasen-, Hals- und urologische Krankheiten und Tuberkulose. Wenn die Widerstandskraft des Körpers einer Person sinkt, können leicht Infektionen entstehen. Diese treten meist als Infektionen der oberen Atemwege und der Harnwege auf. Es gibt auch solche, die sich mit sexuellen Problemen an uns wenden. Daneben sind Zahn- und Zahnfleischerkrankungen äußerst verbreitet. Jedoch können wir uns bei Zahnkrankheiten nur mit Zahnziehen oder einfachen Füllungen befassen. Ein großer Teil der Patienten

NACH DEN OFFIZIELLEN ERKLÄRUNGEN VERSCHIEDENER INSTITUTIONEN:

Was in der Phase nach dem Militärputsch von 1980 passierte, hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt. In Zusammenhang mit dieser akuten Krisensituation, die der Grund für die Gründung der Menschenrechtsstiftung war, sind die Erklärungen verschiedener Institutionen sehr interessant.

- Nach einem Bericht von amnesty international starben innerhalb der 10 Jahre nach 1980 250 Personen in den Gefängnissen oder auch während der Polizeihaft durch Folter.

- Nach den Untersuchungen des Menschenrechtsvereins wurden zwischen 1980 und 1988 650 000 Personen festgenommen (das heißt Polizeihaft von zeitweise, gleich nach 1980, bis zu 90 Tagen und im allgemeinen Folter oder zumindest Mißhandlung-TI).

- Nach einer Erklärung des Justizministeriums wurden gegen 215 000 von diesen festgenommenen Personen Prozesse vor den Ausnahmezustandsgerichten eröffnet.

- 50 Personen wurden hingerichtet...

Und was erlebt man heute in den Gefängnissen oder in Polizeihaft? Bestraft die Demirel Regierung, die eine transparente Staatspolitik vertritt, wie sie behauptet, diejenigen, die gegen die Menschenrechte verstoßen? Konnte sie die Folter stoppen?

Die Zahlen in dem Bericht der Menschenrechtsstiftung für 1991 sehen folgendermaßen aus:

- Todesfälle in Polizeihaft oder im Gefängnis aufgrund von Folter: 23

- Bei Razzien in Wohnungen getötete: 22 Personen

- Tote durch Feueröffnung auf Demonstrationen oder Menschenansammlungen: 32 Personen

- Tote durch Kontr-Guerilla Aktionen: 31 Personen

- Personen, die erschossen wurden, nachdem sie lebend gefaßt wurden: 16 Personen

- Erschossene, die der Aufforderung (der Sicherheitskräfte), stehenzubleiben, nicht nachkamen: 28 Personen

- Innerhalb des Jahres wurden 552 Personen gefoltert. Davon können 218 ihre Folter durch ein offizielles Attest beweisen.

- Von den Gefolterten waren 15 Kinder und 53 Frauen

- 9 Vorwürfe von Vergewaltigung oder sexueller Belästigung

- Unter den Gefolterten befinden sich (neben den politischen-TI) Gruppen/Personen wie Polizisten, Homosexuelle, Fußballer und Anwälte.

braucht aber kostenintensivere Behandlungen wie Zahnersatz, das Budget unserer Stiftung ist jedoch nicht in der Lage, dies zu leisten.

- *Gibt es niemanden, der sich mit psychischen Problemen an Sie wendet?*

IHV: Einer der wichtigen Gründe für Anträge an uns sind psychische Probleme. Man nimmt es als ganz normal an, daß man psychische Probleme hat, wenn man unter Repressionen und Zwang gelebt hat und gefoltert wurde. Aus diesem Grund erhalten wir, wenn wir Anträge mit dieser Art von Problemen haben und sie behandeln, sehr positive Ergebnisse. Aber bei diesem Thema haben wir einige Probleme, denn die Zahl derjenigen, die wegen psychischer Probleme eine Behandlung wünschen, ist begrenzt. Diese spezielle Gruppe ist im allgemeinen die der langjährigen politischen Gefangenen.

Diejenigen jedoch, die sich im politischen Leben befinden, beschreiben sich als kämpfende, starke Menschen, womit sie auch recht haben. Sie wollen nicht zugestehen, daß sie im Verlauf des Kampfes durch die außergewöhnlichen Repressionen zermürbt wurden. Sie bewerten diese Zermürbung als Kapitulation oder auch dahingehend, kein Revolutionär mehr zu sein, das ist ein großer Fehler. Denn die Behandlungen, denen sie ausgesetzt sind, sind außergewöhnlich und keine Bedingungen, an denen die Kraft des Menschen gemessen oder bewertet werden kann. Das Auftreten einer Reaktion und, psychologisch, ein Zusammenbruch, Alpträume, Verlust der Lebenslust, die Unfähigkeit etwas zu ertragen, häufige Wutanfälle, oder auch verschiedene Befürchtungen bezüglich des Körpers sind hierbei sehr wahrscheinliche Folgen. Hier ist es angebracht, daß diejenigen, die solche Probleme haben sich nicht schämen

und sich an uns wenden.

- Wie gehen sie nach einem Antrag vor?

IHV: Wenn sich jemand an uns wendet, werten wir sowohl seine Lebensbedingungen, seine sozialen Bedingungen, als auch seine physische und psychische Situation aus. Am Ende dieser Auswertung, wird die Behandlung, wenn es sich um ein psychologisches Problem handelt, von uns durchgeführt. Bei physischen Problemen, die einer detaillierten Untersuchung bedürfen, helfen uns Fachleute, die in dem entsprechenden Bereich arbeiten. Wir haben bis zu dreißig freiwillige Helfer aus dem Gesundheitsbereich. Wessen Bereich das Problem berührt, der befaßt sich damit. Ein Teil von ihnen kommt zur Stiftung und führt dort die Behandlung durch, einige behandeln auch an ihren eigenen Arbeitsplätzen, da unsere Möglichkeiten sehr begrenzt sind. Wenn es notwendig ist, werden Blut- und Urinuntersuchungen sowie Röntgenuntersuchungen kostenlos von unserer Stiftung durchgeführt. Diese sind, wie jeder weiß, nicht gerade billig und unsere Möglichkeiten sind sehr begrenzt, aus diesem Grund brauchen wir dringend neben der personellen Unterstützung auch materielle

Unterstützung. Zum Beispiel wäre ein Computer für uns sehr wichtig.

- Hilft Ihnen denn der Staat?

IHV: Wir sind eine autonome und völlig unabhängige Einrichtung. Zur Eröffnung der Vertretung in Istanbul kamen zwei Minister. Der Menschenrechtsminister Mehmet Kahraman und der Gesundheitsminister Yildirim Aktuna. Sie haben uns verschiedene Versprechungen gemacht. Die wichtigste war, zu verhindern, daß gefoltert wird und die Folter zu stoppen, und wenn gefoltert wird, dafür zu sorgen, daß die Verantwortlichen bestraft werden. Die Verwirklichung dessen ist für uns lebensnotwendig.

- Aber im Januar 92 hat sich eine große Anzahl von Gefolterten an Sie gewandt...

IHV: Heute hat sich eine Gruppe von 15 Personen an uns gewandt, um Atteste zu erhalten, daß sie gefoltert wurden.

(...) Ein Teil dieser Leute hat sowieso von der Gerichtsmedizin ein Attest über 7 Tage (Krankschreibung) erhalten. Das heißt, wenn die Gerichtsmedizin des Staates schon ein 7-tägiges Attest gibt, ist offensichtlich, daß die Folter

fortgeführt wird. Deshalb ist die erste Sache, die wir vom Staat erwarten, die Folter zu stoppen.

Es gibt auch noch eine andere Sache. Stiftungen sind von der Steuer befreit, aber weil die Menschenrechtsstiftung nicht als gemeinnützig anerkannt ist, kann sie nicht von dieser Steuerbefreiung profitieren. Nun haben wir uns in dieser Sache an die neue Regierung gewandt. Sie sollen uns als gemeinnützige Stiftung anerkennen, damit sich unsere Ausgaben verringern. Wenn es jetzt ein Menschenrechtsministerium gibt, zeigt das doch, daß unsere Stiftung dem Gemeinwohl dient.

Wer an die Menschenrechtsstiftung spenden möchte:

Insan Haklari Vakfi (Menschenrechtsstiftung)
Istanbul Subesi (Vertretung Istanbul)
Vakiflar Bankasi (Stiftungsbank)
Istanbul/Taksim Subesi (Istanbul, Filiale Taksim)
Hesap No (Kto.Nr.): 20 06 369



Polizeieinsatz in Istanbul gegen den Protest kurdischer Frauen gegen die Militäroperation in Simak

NEUE ORIENTIERUNGEN IN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK

Das Ende der als "Periode des Kalten Krieges" bezeichneten und etwa seit 40 Jahren die Logik der internationalen Beziehungen bestimmenden Etappe hat sich selbstverständlich auch auf die türkische Außenpolitik ausgewirkt. Die "neue Weltordnung", die die Grundlage für die Herausbildung neuer Kräfteverhältnisse und Machtzentren bietet, motivierte die Regierenden in der Türkei, sich auf die Suche nach neuen Schwerpunkten im Bereich der Auslandsbeziehungen zu begeben. Diese neue Orientierung kann als der Versuch interpretiert werden, über den Gewinn von Einflußsphären auf dem Balkan, in Kaukasien und in Zentralasien auf internationalen Ebenen größeres Mitspracherecht zu erhalten.

Zwischen 1945–1990 wurde die türkische Außenpolitik nach der Strategie der Verteidigung und des Schutzes gegen die "sowjetische Aggression" ausgerichtet. Die Türkei, die auf der neuen Karte der Einflußsphären nach dem II. Weltkrieg unter die Kontrolle der USA gestellt wurde, hatte sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum für die türkische und islamische Bevölkerung in der Einflußsphäre der Sowjetunion gekümmert. Fast war es in Vergessenheit geraten, daß die Mehrzahl der "kommunistischen" zentralasiatischen Staaten und Aserbaidschan von Turkvölkern bewohnt sind und auch in Jugoslawien Moslems leben. Die Türkei hatte kaum etwas inbezug auf die "türkische Welt" unternommen, wenn man von einigen Klagen über die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien absieht. In der Vergangenheit wurde die Türkei im internationalen Rahmen fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Zypern-Konflikt gesehen. Darüberhinaus war sie im Rahmen der Strategien des "Kalten Krieges" als NATO-Bündnispartner eingebunden. Und sie bemühte sich um die Vollmitgliedschaft in der EG.

Die Entwicklungen nach der Auflösung der Systeme in Osteuropa und der UdSSR hatten nicht nur die türkische, sondern die Außenpolitik aller Staaten in ein Vakuum gestürzt. Die USA bemühten sich in großer Eile, dieses Vakuum mit ihrem Konzept der "neuen Weltordnung" zu besetzen.

Die Türkei hingegen bemühte sich unter Ausnutzung der neuen Situation nach dem Krieg gegen Irak um die Entwicklung einer neuen Strategie, nachdem sie eine zeitlang in Verwirrung geraten war.

Diese Strategie zielte auf die Schaffung von Einflußsphären in Kaukasien, Zentralasien, auf dem Balkan und (wie seit eh und je) im Nahen Osten, sowie auf die Erhöhung ihres Gewichtes in der Weltpolitik mithilfe dieser Einflußsphären. Die Türkei besetze zunächst über intensive Kontakte zu Turkrepubliken in der ehemaligen UdSSR

die für sie erforderlichen ersten Stellungen in den internationalen Beziehungen. Sie bekam ein neues Gewicht in diplomatischen Beziehungen, indem sie die Turkrepubliken Mittelasiens in die Konferenz Islamischer Länder als Mitglieder aufnahm und sich als Brücke zwischen ihnen und der KSZE stellte. Z.B. schaffte es die Gruppe islamischer Länder in der UN auf Vorschlag der Türkei, die bosnische Frage auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung zu setzen (25.–26. August 1992).

Es wird immer klarer, daß die Strategie der Öffnung nach Osten, die von der Türkei intensiv entwickelt wird, nicht geradlinig und wie vorausgeplant laufen wird. Ein Hindernis davor stellt der Iran. Iran verfügt über einen gewissen Einfluß in Ländern wie Aserbaidschan und Tadschikistan. Ein großer Teil des eigentlichen Aserbaidschan liegt auf dem Staatsgebiet des heutigen Iran. Tadschikistan und Iran verbindet, daß in beiden Staaten die schiitische Strömung des Islam vorherrschend ist, im Gegensatz zur Türkei, wo zwei Drittel der Moslems Sunniten sind. Daneben verfügt der Iran über nahe Kontakte zu Armenien.

Erinnert werden soll an dieser Stelle an ein historisches Ereignis:

Sowohl das Persische Imperium als auch das Russische Reich verhinderten mehrmals die Öffnung des Osmanischen Reiches (gegründet im 13. Jahrhundert, aufgelöst während des I. Weltkrieges) Richtung Osten. Das Gebiet der Auseinandersetzungen zwischen diesen drei Staaten war hauptsächlich das Gebiet, auf dem sich jetzt Aserbaidschan und Armenien befinden.

Genauso wie damals versucht Iran auch heute, seine Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan so auszunutzen, daß die Entwicklung der Türkei zu einem Brückenkopf in diesem Gebiet zu verhindert wird. Es wird vermutet, daß hinter dem "Mutallibov-Putsch" in diesem Frühjahr in Aserbaidschan der Iran stand. Bei der Vorbereitung und dem Erfolg des Putsch-

esches "der Volksfront" gegen Mutallibov hat auch die Türkei eine Rolle gespielt.

Ein anderes Land, das die Öffnung der Türkei Richtung Osten bremsen möchte, ist Rußland. Rußland, das wieder ein großer Staat werden will, findet es für seine Interessen gefährlich, daß die Türkei die Möglichkeiten dafür erhält, bis in die inneren Angelegenheiten einiger ehemaliger Sowjetstaaten einzugreifen.

Schließlich bringen es auch die USA und Deutschland auf verschiedene Weise zum Ausdruck, daß ihrerseits nicht gewünscht ist, daß die Türkei in Kaukasien und Zentralasien ein größeres Gewicht erhält, als es eben von ihnen gewollt wird. Die Stärkung des Bündnisses zwischen Rußland und den USA hat auch diesen Grund. Das Waffenembargo Deutschlands gegen die Türkei im März dieses Jahres sollte auch in diesem Sinne ein deutliches Zeichen sein. Auch die neuen diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und Deutschland bekommen in diesem Zusammenhang eine größere Bedeutung.

Die Türkei aber hat Aserbaidschan und den Turkrepubliken Mittelasiens anlässlich ihrer internationalen Vorstöße bezüglich der Auseinandersetzungen in Berg-Karabach vorgeführt, daß sie entschlossen ist, die ihr von den genannten Staaten in den Weg gestellten Hindernisse zu überwinden.

Jedoch ist es noch zu früh, festzustellen, daß die Türkei Aserbaidschan und die Turkrepubliken in Mittelasien unter ihre völlige Kontrolle gestellt hat. Aber es ist auch nicht zu übersehen, daß die Türkei verschiedene Gelegenheiten ausnutzend eine Blockbildung im Osten um sich herum herbeizuführen versucht.

Der Konflikt auf dem Balkan

Eine andere Region, wo die Türkei an einer Blockbildung um sich herum interessiert ist, ist der Balkan. Die ethni-

schen und religiösen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens haben der Türkei die Möglichkeit gegeben, auf dem Balkan Einflußspären aufzubauen.

Die Existenz einer moslemischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina und die serbischen Angriffe gegen sie haben den Bewegungsraum der Türkei erweitert. Die Türkei geht sogar so weit, der UN einen militärischen Eingriff gegen Serbien vorzuschlagen. Daneben versucht sie auf allen internationalen Ebenen diese Frage zu thematisieren, wie z.B. bei der Jugoslawien-Konferenz, die am 26. August in London begann.

In dem sich auf dem Balkan zur Zeit herausbildenden Block unter der Führung der Türkei befinden sich Bulgarien, Bosnien, Makedonien und Albanien. Im zweiten Block befinden sich Griechenland, Serbien und Montenegro. Obwohl diese Blöcke noch nicht in jeder Frage gemeinsam handeln, zwingt die Existenz der Interessensgegensätze die Staaten der Region dazu ihre Positionen einander anzunähern. Sonst könnte es in nicht allzu weiter Zukunft zu einem Krieg auf dem Balkan kommen, der die jetzigen Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien weit in den Schatten stellen würde.

Zypern und Kurdistan

Die bisher kurz skizzierte Strategie der Türkei wird auch wegen anderen Problemen nicht reibungslos aufgehen können. Diese Probleme sind Zypern und die Kurdistan-Problematik.

Zur Zeit haben die Bemühungen zur Lösung der Zypernfrage, die die türkische Außenpolitik seit ca. 30 Jahren beschäftigt, an Intensität zugenommen. Unter dem Drang der USA versucht der Generalsekretär der UN die türkische und die griechische Seite zu einer Verständigung zu bewegen.

Ein Grund dafür, warum die Zypernfrage in den letzten zwei Jahren desöfteren im internationalen Rahmen diskutiert wird, ist die Tatsache, daß sie gegen die Türkei als Trumpf eingesetzt werden soll. Die USA und Rußland setzen die Zypernfrage als einen Trumpf gegen die Bemühungen der Türkei, auf dem Balkan und in Kleinasien an Einfluß zu gewinnen, ein.

Die Kurdische Frage hingegen ist noch komplizierter. Die Probleme in Irak-Kurdistan haben international eine ganz andere Aufmerksamkeit als die Probleme in Türkei-Kurdistan. Und sie betreffen vier Staaten gleichzeitig. Daneben ist sie auch deswegen lebenswichtig, weil sie nicht nur die Außenpolitik sondern in direkter Form auch die Innenpolitik der Staaten be-

stimmt.

Da die innenpolitische Dimension der kurdischen Frage Thema für einen anderen Artikel sein könnte, werden wir an dieser Stelle uns nur mit ihrer Auswirkung auf die Außenpolitik beschäftigen.

Wie bekannt, fanden in diesem Frühjahr Wahlen für das kurdische Parlament in Südkurdistan (Irak) statt, das unter dem Schutz der Alliierten steht. Im Juli traf sich das Parlament zu seiner ersten Sitzung, und es wurde eine kurdische Regierung gegründet. Diese Bewegung, die von den USA, England und Frankreich zur Schwächung Iraks unterstützt wird, wurde auch von der Türkei nicht akzeptiert. Während die Türkei mit der Unterdrückung des nationalen Erwachens des kurdischen Volkes in ihren eigenen Grenzen beschäftigt war, hätte sie die Gründung einer kurdischen Regierung in Nordirak schwer akzeptieren können. So geschah es auch. Die kurdische Regierung wurde von der türkischen nicht anerkannt.

Nach diesen Entwicklungen haben die Alliierten eine zweite "Schutzzone", diesmal für die Schiiten im Südirak, errichtet. Auch dies war von der Türkei nicht erwünscht. Denn die Türkei trat für die territoriale Integrität Iraks ein. Die territoriale Integrität Iraks war für die Türkei wichtig, denn die Zersplitterung Iraks würde für neue Probleme im Süden der Türkei sorgen; vor allem würde dann die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates auf die Tagesordnung kommen. (Die kurdische Regierung im Nordirak versteht sich nicht als eine Staatsregierung sondern als eine regionale Regierung. Aber die Entwicklungen nehmen ihren Gang auf die Gründung eines kurdischen Staates hin.)

Die USA, England und Frankreich haben die Warnungen der Türkei ignoriert und sowohl eine kurdische Regierung in Nordirak unterstützt als auch eine neue "Schutzzone" im Südirak errichtet. Diese am 27. August mitgeteilte Entscheidung der Alliierten wird für neue Probleme in der Außenpolitik der Türkei sorgen.

Die Ereignisse in Sirnak nach dem 20. August und die Verlegung von Truppen an die irakische Grenze durch die Türkei haben mit diesen Entwicklungen direkt zu tun. Es wird immer deutlicher, daß die Türkei sich auf einen Eingriff in Nordirak vorbereitet. Dieser Eingriff wird sich von den vorherigen unterscheiden und es ist heute noch unklar, was für Reaktionen ein solcher Eingriff in internationalen Be-

ziehungen verursachen wird.

Die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei

Noch bevor die Periode des "Kalten Krieges" beendet war, hatte die EG die Forderung nach Vollmitgliedschaft der Türkei zurückgewiesen (1987). Die Ereignisse in Osteuropa und der UdSSR in den Folgejahren hatte die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei fast eingefroren. Die Türkei hatte ihre neuen Einflußgebiete in Mittelasien, Kaukasien und auf dem Balkan als einen Trumpf gegen die EG auszuspielen begonnen. Die Türkei, die auch zu den Architekten des Schwarzmeer-Wirtschaftskoooperationsrates gehört, machte der EG deutlich, daß es auch ohne Europa geht!

Dies muß eine Wirkung gehabt haben, denn 1992 wurden die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei erneut belebt. Als die EG auf ihrem letzten Gipfeltreffen in Lissabon neue besondere Kategorien beschloß und auf diesem Wege die Erweiterung der EG auch auf die Türkei einleitete, führte dies zur Belebung der gegenseitigen Beziehungen. Jedoch wird diese Belebung nicht dazu führen, die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG zu erreichen.

Hinter der wohlwollenderen Politik der EG gegenüber der Türkei stecken Pläne, die zur regionalen Macht aufsteigende Türkei unter Kontrolle zu bringen und daneben über sie neue Brücken zwischen Europa und Asien zu errichten. Beobachtet werden kann auch die Tatsache, daß die Technokraten der EG es verhindern wollen, daß die Türkei in größere Kontrolle der USA gerät.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß parallel zur Stärkung ihres Gewichtes in internationalen Beziehungen auch die Wirtschaft der Türkei über großen Einfluß verfügt. Nach einem Bericht des "Weltwirtschaftsforums" wird die türkische Wirtschaft an zweiter Stelle mit größter wirtschaftlicher Einflußkraft nach Deutschland aufgeführt. (Hürriyet, 25.8.1992)

Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Außenpolitik der Türkei, deren sowohl politische und kulturelle, als auch ökonomische Einflußkraft zugenommen hat, ausgehend von diesen materiellen Faktoren neubestimmt werden wird. Obwohl die allgemeine Ausrichtung der außenpolitischen Strategie der Türkei einigermaßen feststeht, wird es von verschiedenen Faktoren abhängen, wie diese umgesetzt und verfolgt werden wird.

VERSUCH EINER DARSTELLUNG DER IN NORD-KURDISTAN EXISTIERENDEN GESUNDHEITSPROBLEME

Dr. Celadet Celiker

Es gibt so gut wie keine epidemiologischen Untersuchungen, die die in Nord-Kurdistan (Türkei-Kurdistan-TI) existierenden Gesundheitsprobleme auf wissenschaftlicher Grundlage an den Tag bringen könnten. Bemühungen, den ein oder anderen Aspekt des Themas zur Sprache zu bringen, konnten in ihrer Grundlage nicht über empirische oder vergleichende Annäherungen hinausgehen. An der Spitze der grundlegenden Schwierigkeiten bei der Diskussion des Problems steht das Fehlen von objektiven Parametern. Es ist eine Tatsache, daß die meisten Personen, die mit dem Thema vertraut sind, der Auffassung sind, daß man den Veröffentlichungen des türkischen Staates zu diesem Thema nicht glauben kann. Der wesentlichste Grund für diese Zweifel und Mißtrauen, liegt in der Tatsache, daß das Personal, das die Gesundheitsparameter in Kurdistan festlegt, keine wissenschaftlichen Standards angemessene Ausbildung hat und von Ernsthaftigkeit und Bewußtsein über die Sache, die sie durchführen, weit entfernt ist. Da es bei diesem Thema keinen festgelegten Kontroll- und Überprüfungsmechanismus gibt, werden die statistischen Angaben in Bezug auf Gesundheitssituation und Krankheiten meist, im letzten Moment bevor sie zu den zuständigen Behörden geschickt werden, durch das Ausfüllen von Formularen am Schreibtisch gewonnen. Und aus diesem Grunde werden, z.B. in den ländlichen Gegenden Kurdistans, Tausende von Geburten und Kindestoden nicht registriert.

Andererseits unterlaufen einem bei dem Versuch, die Gesundheitsbedingungen in Nord-Kurdistan und der Türkei zu vergleichen, ständig Fehler. Da die statistischen Angaben für Kurdistan in den Durchschnitten der Türkei enthalten sind, werden diese Durchschnittsangaben von den wirklichen Werten stark nach unten gezogen. Mit anderen Worten, die statistischen Angaben für Kurdistan werden nicht mit den wirklichen Durchschnittsangaben der Türkei, sondern mit den Durchschnittsangaben für die Türkei + Kurdistan verglichen. Eine derartige Herangehensweise an das Problem dient weniger dazu, die Daten zweier Länder

zu vergleichen, als, dadurch daß man die Beziehungen zwischen einem Land und einer Region dieses Landes vergleicht, vielmehr dazu, die Tatsache zu verdecken, daß Kurdistan ein besetztes Land ist.

Im Bewußtsein dieser Schwierigkeiten wollen wir die verschiedenen Dimensionen der Gesundheitsbedingungen in Kurdistan betrachten.

EINIGE ASPEKTE DER GESUNDHEITSPOLITIK DES TÜRKISCHEN STAATES IN KURDISTAN

Die ersten Schritte, die der türkische Staat auf dem Gesundheitssektor in Kurdistan getan hat, fallen mit der gleich nach der Gründung der türkischen Republik begonnenen militärischen Besetzungs- und Annexionsperiode zusammen. Es dürfte nicht weiter verwundern, daß die Besatzungskräfte in diesem unebenen und strengen Land des Mittleren Ostens, in dem Festlandklima herrscht, einige Schritte gegen die vorhandenen tropischen Krankheiten unternommen haben, um ihre eigenen militärischen Einheiten und ihre Bürokratie zu schützen. Diese Politik, die grundlegend darauf gerichtet ist, den Besatzungsstatus fortzuführen, wurde parallel zu der Niederlassung aller Institutionen des Staates in Kurdistan ausgedehnt und wird bis heute in einer auffälligen Form fortgeführt.

In den letzten Jahren lag der Anteil, den die türkischen Regierungen aus dem Staatsbudget für Gesundheitsausgaben aufwendeten, unter 3 %. Während dieser Anteil bei den meisten westlichen entwickelten Ländern über 10 % liegt, gaben – die Zahlen von 1980 zugrundegelegt – 3. Welt-Länder wie Brasilien 8,6 % aus, Ghana 5,7 %, Bolivien 8,3 %. Der Anteil, der von den Gesundheitsausgaben der gesamten Türkei auf Kurdistan entfällt, ist ziemlich niedrig.

Als Produkt der Gesundheitspolitik des türkischen Staates in Kurdistan sind die vorhandenen Gesundheitsdienste und -einrichtungen in großer Anzahl in den Stadtzentren konzentriert. Nachdem, nach den Zahlen von 1980, 86 % der vorhandenen Ärzte in Nord-Kurdistan in den Gesundheitseinrichtungen oder Privatpraxen in den Städten

arbeiteten, standen diese damit 38,5 % der Einwohner Nord-Kurdistans zur Verfügung. Die restlichen 61,5 % der Bevölkerung wurden so von nur 14 % der Ärzte versorgt. (Die statistischen Angaben in diesem Artikel bezüglich der städtischen und ländlichen Gebiete Kurdistans wurden von mir aus den Statistiken der Eintragungen des Sozialplanungsamtes von 1980-81 und den Dorfbestandsuntersuchungen des Ministeriums für das Dorfwesen von 1980 berechnet). Wenn man einmal die Wirksamkeit und Qualität der angebotenen Gesundheitsfürsorge außer Acht läßt, zeigen diese Zahlen, daß es große Unterschiede bei der Verteilung der Gesundheitsdienste und -einrichtungen zwischen den Städten und den ländlichen Gegenden Kurdistans gibt.

Die in Kurdistan angebotenen Dienstleistungen der Gesundheitseinrichtungen und des Gesundheitspersonals gehen zum größten Teil nicht über behandelnde Gesundheitsdienste hinaus. Auf den Gebieten einer modernen Vorsorgemedizin und einer grundlegenden Volksgesundheit wurde bis heute keine sichtbare Dienstleistung angeboten. Die auf Krankenhausbasis aufbauenden Gesundheitsdienste sind lediglich auf die Behandlung von Krankheiten ausgerichtet, und lassen vorsorgende medizinische Fürsorge, die die gesellschaftliche Ursachen der Krankheiten erforscht und ihnen vorbeugt, außer Acht. Seit Beginn der achtziger Jahre hat die Politik des Staates, Privatpraxen und -kliniken bewußt zu fördern und sie in Handelsbetriebe umzuwandeln, der Vorsorgemedizin und der Volksgesundheit die letzten Schläge versetzt.

Die in den letzten Jahrzehnten zusehends zunehmende Abwanderung vom Land in die Städte hat in den Städten Kurdistans ernsthafte Gesundheitsprobleme geschaffen. Ohne Wasserversorgung und Kanalisation sind diese Stadtrandviertel, in denen Armut und Arbeitslosigkeit herrschen, zusammen mit den schlechten Wohnbedingungen und der unzureichenden Ernährung in einen Zustand geraten, in der vor allem die Gesundheit und das Leben der Frauen und Kinder bedroht sind.

Nach einigen Berechnungen die Ende der 70er Jahre angestellt wurden, wurde in der gesamten Türkei bei 51 % der schwangeren Frauen und bei 41 %

der stillenden Frauen Blutarmut festgestellt. Zweifellos liegen diese Zahlen in Kurdistan weit über dem Durchschnitt der Türkei. Blutarmut hat zusammen mit Ernährungsmängeln Auswirkungen auf die physische und geistige Entwicklung der Kinder im Mutterleib und kann bleibende Schäden verursachen. So sind zum Beispiel auch die wirklichen Ursachen für die sehr hohe Zahl von untergewichtigen Neugeborenen und Frühgeburten hier zu suchen. Diejenigen Kinder aber, die Glück haben und nach der Geburt weiterleben, erwartet Armut und deren unausweichliche Folge, unzureichende Ernährung. Man weiß heute sehr genau, daß unzureichende Ernährung die Abwehrkräfte der Kinder gegen Infektionskrankheiten verringert. Wenn man die Quellen betrachtet, die die obigen Berechnungen angestellt haben, haben zwischen 20 und 45 % der Kinder in Kurdistan Schäden in der geistigen Entwicklung aufgrund von unzureichender Ernährung und Krankheiten.

Man kann annehmen, daß sich die durchschnittlichen Zahlen der Säuglings- und Kindersterblichkeit in Kurdistan unter den höchsten der Welt befinden. Es ist eine Tatsache, daß in Kurdistan jedes Jahr Zehntausende von Kindern an Infektionskrankheiten sterben, deren Behandlung und Vorbeugung möglich ist. Die Impfkampagnen, die der türkische Staat ab und zu in den städtischen Gebieten durchführt, sind ohne ein bestimmtes Programm und unorganisiert und sind meist nichts anderes als eine Propagandaschau. Daß die Haltbarkeit der Impfstoffe verfallen und aus diesem Grund ihre Wirkung fraglich ist, wird, wenn auch selten, ab und zu in der Presse behandelt. In ländlichen Gebieten sind diese Art Kampagnen nur sehr selten anzutreffen.

An der Spitze der Gründe für Kindersterblichkeit stehen Masern, Sommerdurchfälle, Typhus, Paratyphus, Malaria, ansteckende Gelbsucht und Ruhr. Nach den vorgenommenen Berechnungen rühren mehr als 80 % der Kindestode aus Krankheiten her, deren Behandlung möglich ist und denen durch geeignete Ernährung, Wohnung und Impfungen vorgebeugt werden kann.

Der türkische Staat hat es nie für nötig gehalten, in die infrastrukturellen Einrichtungen zu investieren, die mit der Volksgesundheit eng in Verbindung stehen. Wir geben hier ein Beispiel, um aufzuzeigen welche Art von Gefahren daraus entstehen. Im Bezirk Urfa in Kurdistan trat im Sommer 1987 eine ausgedehnte Durchfallerkrankung auf, über die auch in der türkischen Presse berichtet wurde. Innerhalb kürzester Zeit erkrankten 1500 Personen, es gab

Tote. Nach den Nachrichten aus diversen Quellen in den Medien war dies ganz offensichtlich eine Choleraepidemie. Wie man weiß, gibt es in dieser Stadt Kurdistans, deren Einwohnerzahl 250 000 überschreitet, in einigen Stadtvierteln kein Trinkwasserversorgungsnetz und kein Kanalisationssystem, und in den Stadtvierteln, in denen diese vorhanden sind, sind sie äußerst unzureichend. Darüberhinaus werden die Kanalisationsabfälle und Abwässer ohne irgendeine Reinigungsprozedur in den Fluß geleitet, der durch das Stadtzentrum fließt. Da es keine andere Wasserquelle gibt, wird das Wasser des besagten Flusses zur Bewässerung der Gärten und Gemüsegärten in der Umgebung der Stadt verwendet. Es sind bekannte Tatsachen, daß von Zeit zu Zeit das mit Krankheitserregern durchsetzte Wasser sich mit dem Trinkwasser vermischt und jedes Jahr Typhus- und Paratyphusepidemien auftreten. Der Gesundheitsminister des türkischen Staates nahm das Problem nicht ernst, er versuchte, die Choleraepidemie zu verheimlichen und scheute sich darüberhinaus nicht, die Angelegenheit auf die kurdischen Sitten zu schieben.

Ein Kranker, der sich in den frühen Morgenstunden in der Schlange an-

stellt, kann, wenn er Glück hat, vor Mittag für drei Minuten den Arzt sprechen. Warum er sich an ihn wendet, welche Beschwerden er hat, darf der Kranke innerhalb dieser drei Minuten dem Arzt nicht einmal in seiner Muttersprache erzählen, dies ist verboten. Der Kranke, der unter diesen Bedingungen vom Arzt mit einer ungefähren Diagnose sein Rezept entgegennimmt, und Medikamentenkosten selbst bezahlen. Wenn man bedenkt, daß die meisten Medikamentenpreise in der Türkei und Nord-Kurdistan höher als in Europa sind, versucht ein Großteil des kurdischen Volkes das Geld zusammenzubekommen, indem man es beim Essen und Trinken einspart und manchmal auch die Haushaltsgegenstände verkauft. Wie Eltern, die Behandlungs- und Medikamentenkosten nicht bezahlen können, ihre Kinder in den Krankenhäusern als Pfand zurücklassen, kann man immer wieder in den Nachrichten der Tageszeitungen lesen. Darüberhinaus führt es oft zu Mißverständnissen, weil auf türkisch erklärt wird, wie das Medikament anzuwenden ist und die Waschzettel in den Arzneischachteln in türkisch sind, so daß sich die Menschen durch falsche Anwendung vergiften.

EINIGE VERGLEICHE

Nach den Zahlen des Sozialplanungsamtes DPT von 1980/81 entfallen in der gesamten Türkei (einschließlich Nordkurdistan) auf 10 000 Personen 6 Ärzte. Dieser Durchschnitt liegt für die 18 Bezirke Kurdistans bei 1,9. Anders ausgedrückt, während in der Türkei auf einen Arzt durchschnittlich 1500 Personen entfallen, erhöht sich dieser Durchschnitt in Kurdistan auf 5200.

Jedoch kann man nicht sagen, daß diese Durchschnittszahlen die Wirklichkeit ganz widerspiegeln. Denn diese Zahlen bringen keine Klarheit in die Unterschiede zwischen einzelnen Städten in Kurdistan bzw. die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, ganz im Gegenteil, sie können die Verzerrungen auf diesem Gebiet verdecken. Während z.B. im Gebiet Adiyaman die Anzahl der auf 10 000 Personen entfallenden Ärzte 0,9 beträgt, steigt der gleiche Durchschnitt im Gebiet Erzurum auf 5,3. Es ist nützlich, sich den Bezirk Erzurum, in dem auf 10 000 Personen die höchste Arztanzahl entfällt, etwas näher zu betrachten. Zusammen mit den ländlichen Regionen und Dörfern lebten 1980 in diesem Bezirk ca 800 000 Personen. Für diese Einwohnerzahl standen 425 Arztgesundheitsdienste zur Verfügung. Bis hierhin gibt es an diesen Zahlen zweifellos nichts auszusetzen. Wenn man aber die Dorfbestandsuntersuch-

IM SÜDOSTEN HAT DIE EPIDEMIESAISON BEGONNEN

Im Südosten haben wie jedes Jahr mit der Erwärmung des Wetters die Krankheitsepidemien begonnen. In Diyarbakir haben sich in den letzten 2 Monaten an die 10 000 Kranke, zumeist Kinder, aufgrund von Durchfallerkrankungen an die verschiedenen Gesundheitseinrichtungen gewandt. Es handele sich, so das mikrobiologische Institut der Dicle Universität in Diyarbakir, zumeist um Durchfall, Typhus und parasitäre Erkrankungen. Die Grundursache für diese Epidemien liege in der fehlenden Infrastruktur und der mangelnden Aufklärung der Bevölkerung. Man erwarte, daß sich mit der Fertigstellung des GAP-Staudammprojektes durch die Bewässerungswirtschaft die Epidemien noch sprunghaft erhöhen werden. Es müßten sofort Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, ein Krankenhaus für tropische Krankheiten müsse errichtet werden, der Ausbau der Infrastruktur (Wasser, Kanalisation -Tl) müsse sofort in Angriff genommen werden.

Cumhuriyet, 23.6.92

ungen (von 1980) des Ministeriums für das Dorfwesen betrachtet, stellt man fest, daß in den insgesamt 1034 Dörfern Erzurums die Anzahl der betriebenen Gesundheitsstationen nur 17 beträgt. Wenn man mit der optimistischsten Berechnung annimmt, daß sich in jedem Gesundheitszentrum ein Arzt befindet, so beträgt die Anzahl der Ärzte in den ländlichen Gegenden 17. Diese Zahl macht nur 4 % der Gesamtzahl der Ärzte im Bezirk Erzurum aus. Wenn man sich vor Augen hält, daß die meisten dieser Gesundheitsstationen von Ärzten versorgt werden, die ein oder zweimal in der Woche aus den Kreisstädten kommen, wird diese Zahl noch geringer. Dieses Beispiel legt folgende Tatsache offen: Während die knapp 40 % der Einwohner der Region, die in der Bezirkshauptstadt oder den Kreisstädten wohnen, die Möglichkeit haben, 96% der Gesamtärztezahl zu erreichen, können die 60 % der Einwohner, die in den ländlichen Gebieten wohnen nur 4 % der Gesamtärztezahl erreichen. Und, wo wir gerade dabei sind, wollen wir feststellen, daß in keinem einzigen dieser 1034 Dörfer eine Gesundheitseinrichtung zum Schutze der Gesundheit von Mutter und Kind vorhanden ist.

Im Jahr 1980 betrug die Anzahl der in den 9528 Dörfern der 18 Bezirke Kurdistans (ohne Elazig- siehe Anmerkung) in Betrieb befindlichen Gesundheitsstationen 227. Von diesen Gesundheitsstationen, in denen behandelnde Gesundheitsdienstleistungen angeboten werden, weiß man, daß sie in ihren diagnostischen und Behandlungsmethoden stark veraltet sind. Nach den Statistiken von 1980 lebten in diesen Dörfern der 18 Bezirke 5,2 Mio Menschen (61,5 % der Gesamteinwohnerzahl). Wenn man, wieder ähnlich optimistisch gerechnet, annimmt, daß sich in jeder dieser Gesundheitsstationen ein Arzt befindet, so entfällt auf je 23 000 Personen in den ländlichen Gebieten Kurdistans ein Arzt. Wenn man aber annimmt, daß ein Drittel dieser Gesundheitsstationen personell nicht besetzt sind (und das ist in Kurdistan keineswegs selten), so entfällt in dieser Situation auf je 35 000 Personen ein Arzt.

Die Anzahl der Mutter-Kind-Gesundheitszentren für die 5,2 Mio Einwohner in den ländlichen Gebieten Kurdistans (ohne Elazig) beträgt nur 6. (Je eines in den Dörfern von Gaziantep und Tunceli, je zwei in den Dörfern von Mardin und Maras). Danach entfällt in den Dörfern der 18 Bezirke Kurdistans auf 860 000 Personen eine Mutter-Kind Gesundheitseinrichtung.

Während im Jahre 1980 in der gesamten Türkei (einschließlich Kurdistans) auf je 10 000 Personen 21,5 Krankenhausbetten entfielen, sinkt dieser Durchschnitt in Kurdistan auf 12.

Daß auch dieser Durchschnitt wie bei dem letzten Beispiel irreführend ist, versteht man, wenn man etwas genauer hinsieht. Zu allererst befinden sich fast sämtliche Betten in den Gesundheitseinrichtungen der Städte und Kreisstädte. Daneben gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Städten. Z.B. entfallen auf 10 000 Personen in Elazig 49,9, in Erzurum 26,7, in Diyarbakir 16,3, in Hakkari 3,4, in Agri 4,3 in Maras und Mardin 4,8 Betten.

Daß der türkische Staat in den Bereichen Vorsorgemedizin, Volksgesundheit und Umweltschutz für Kurdistan nicht recht viel getan hat, haben wir oben festgestellt. Als Ergebnis dessen ist bekannt, daß einige Krankheiten, die an allen Ecken und Enden der Welt heute ausgerottet sind, und deren Behandlung und Vorbeugung möglich ist, in Kurdistan der Volksgesundheit immer noch ernsthaften Schaden zufügen und Gründe für bleibende Schäden sind. Zum Beispiel in Adiyaman, das als Heimat der Blinden bezeichnet wird, wurde nach Untersuchungen im Jahre 1967 festgestellt, daß in den Dörfern von 100 Personen 17, in den Städten von 100 Personen 10 an Trachom erkrankt sind.

Wie man weiß, ist Trachom, eine von Bakterien verursachte Krankheit, in Kurdistan der Hauptgrund für Erblindung. Im Jahre 1983 sind laut einer Arbeit, deren Angaben ich aus der Nähe überprüfen konnte, in den Dörfern von Haran im Bezirk Urfa 6,3 % an Trachom erkrankt. Wir sehen, daß trotz der inzwischen vergangenen Jahre der türkische Staat keinen ernsthaften Schritt gegen diese ansteckende Krankheit unternommen hat.

Die Ergebnisse einer systematischen Untersuchung, die die medizinische Fakultät der Dicle Universität im Studienjahr 1989/90 in den Grundschulen der Stadt Diyarbakir und in den Dörfern des Bezirkes durchführte, sind äußerst interessant. Nach dieser Arbeit leiden von 100 Schülern in den 11 Grundschulen des Stadtzentrums 9,3, und von 100 Schülern in den 57 Grundschulen der Dörfer 16,3 an der Krankheit Trachom in verschiedenen Stadien. Eine andere gesellschaftliche und politische, ansteckende Krankheit in Kurdistan ist die Orientbeulen-Krankheit. In nur einem einzigen Stadtviertel von Urfa (z.B. im Viertel Eyyübiye) Hunderte von Menschen mit akuten Orientbeulen im Gesicht herumlaufen zu sehen, dürfte für Ärzte in entwickelten Ländern, die in ihrem gesamten Berufsleben mit keinem einzigen Fall von Orientbeulenkrankheit konfrontiert sind, ziemlich überraschend sein. Die Orientbeulenkrankheit, die eine durch Bakterien verursachte Hautkrankheit ist, bildet besonders auf der Gesichtshaut tiefe Geschwüre und hinterläßt

häßliche Narben.

Die Anzahl der Dörfer in Kurdistan zu zählen, in deren Häusern es kein fließendes Wasser gibt, die nicht einmal einen Brunnen auf dem Dorfplatz haben, würde kein Ende finden. In Kurdistan, in dem ein Festlandklima herrscht, verursacht die lang anhaltende Trockenheit im Sommer recht oft eine niedrige landwirtschaftliche Produktion. Daneben senken das bekannte große Ungleichgewicht in der Verteilung des Bodens und die Produktion mit primitiven Methoden und Geräten, die landwirtschaftliche Produktivität noch mehr. Die unmittelbare Folge dessen ist die Tatsache, daß die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten unzureichend ernährt und immer wieder mit Hunger konfrontiert ist.

Im Winter sind in Kurdistan über 5000 Dörfer 2 bis 4 Monate lang vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Hunderttausende von Menschen sind gegenüber ansteckenden Krankheiten ihrem Schicksal überlassen. Wie auch in den anderen ländlichen Gebieten Kurdistans sind auch in diesen Gebieten, in denen Millionen Menschen leben keine Erste Hilfe Systeme (Service) vorhanden. In sehr schwierigen Situationen sind, weil die Straßen unpassierbar sind, Schlitten- oder Reittiere das einzige Verkehrsmittel. Das Drama der kurdischen Menschen, die sich mit ihrer auf den Rücken des Pferdes gebundenen kranken Frau oder Kind unter Schneestürmen auf den Weg machen, spiegelt sich von Zeit zu Zeit in der türkischen Presse wider.

DER TÜRKISCHE STAATSTERROR IN KURDISTAN UND DIE MILITARISIERUNG DER GESUNDHEITSDIENSTE

Man kann beobachten, daß der türkische Staat, der Nord-Kurdistan besetzt hält, anstelle in die Gesundheitsfürsorge und -einrichtungen zu investieren, große Anstrengungen unternimmt, die Sicherheitsvorkehrungen, die den vorhandenen Besetzungstatus bewahren sollen, zu verstärken und das Kommunikationsnetz auszubauen. Um die Politik des türkischen Staates in diesem Bereich offenzulegen, reicht es, einen Blick auf die ländlichen Gebiete Kurdistans zu werfen, das von der Türkei mit unterschiedlichen Gesetzen und durch einen Kolonialgouverneur verwaltet wird. Wir haben oben festgestellt, daß in den 9528 Dörfern der besagten 18 Bezirke 227 aktive Gesundheitszentren vorhanden sind. Indessen beträgt die Anzahl der Polizeiwachen in den gleichen Dörfern 504 und die Anzahl der Postämter 960. Es gibt wenig Fälle, die die Existenz einer militärischen Besatz-

ung in einem Land in so auffälliger Form verdeutlichen können wie diese Zahlen. Man muß kein Wahrsager sein, um zu sagen, daß diese Zahlen, die von 1980 stammen, sich heute wesentlich erhöht haben.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre konnte man in Kurdistan eine zunehmende Beschleunigung bei den militaristischen Operationen beobachten. Die türkischen Militäreinheiten, die in den ländlichen Gebieten Operationen durchführen, töten die auf den Feldern arbeitenden Bauern, sie bleiben wochenlang in den Dörfern, in denen sie ihre Lager aufschlagen, und beschlagnahmen die Nahrungsmittel und Herden der armen Dörfler, sie hindern die Bauern daran, ihre Dörfer zu verlassen, um auf ihren Feldern zu sähen und zu ernten und verurteilen so die kurdischen Dörfler zum Hungern. Die zuvor bereits angesprochene, aus gesellschaftlichen, technischen und geographischen Gründen herrührende Gefahr einer unzureichenden Ernährung oder von Hunger in den ländlichen Gebieten, erreicht durch den Staatsterror noch viel größere Ausmaße.

Der türkische Staat, der Hunderte von Dörfern mit Repressions- und Foltermethoden in den Hunger und zur Abwanderung treibt, der ganze Dörfer leert, schafft die Ursache der Epidemie, die in dieser Zeit die seelische und körperliche Gesundheit des Volkes in Kurdistan am meisten bedroht, die militaristische Epidemie. Ein Vorfall, der im Jahre 1986 ans Tageslicht kam, zeigt, wie zerstörerisch der türkische Staat für die Gesundheit des Volkes und der Umwelt in Kurdistan sein kann. Türkische Militäreinheiten vergifteten, angeblich zum Zwecke des Kampfes gegen die kurdische Guerilla, in den ländlichen Gegenden von Eruh die Wasserquellen mit chemischen Stoffen, so daß Tausende von Tieren, an erster Stelle Kleinvieh starben. Es wurde nicht bekannt, ob bei diesen Vorfällen auch Dörfler gestorben sind. Da es von Zeit zu Zeit sogar der Presse verboten ist, sehr viele Gebiete in Kurdistan zu betreten, können Vorfälle wie diese nicht in ihren gesamten Ausmaßen an die Öffentlichkeit dringen. Die türkischen Militäreinheiten haben im Sommer 1991, wieder aus den gleichen Vorwänden, an der türkisch-irakischen Grenze ausgedehnte Waldgebiete abgebrannt und so dem in Kurdistan geführten ökologischen Kampf neue Dimensionen hinzugefügt.

Wie sehr die Gesundheitsprobleme für das kurdische Volk lebenswichtige Probleme sind, weiß man von Seiten des türkischen Militarismus sehr genau. Aus diesem Grunde versuchte man bei allen Manövern, die in den Jahren vor

und nach 80 in Kurdistan durchgeführt wurden, und die nichts anderes als Proben für Massaker waren, mit Hilfe der türkischen Presse die Märchen zu verbreiten, wie die türkischen Militärärzte die Dorfbewohner untersuchten und wie sie die Genesung der regionalen Bevölkerung herbeigeführt hätten. Der türkische Militarismus, der dem kurdischen Volk Gift in goldenen Tassen verabreicht, versucht so, sein wahres Gesicht zu verbergen.

Die Militäreinheiten, die Dörfer überfallen und dort Lager errichten, haben spezielle Folterteams. Diese sadistischen Menschen, die speziell ausgewählt und ausgebildet werden, haben, während sie sämtliche die Menschenwürde verletzenden körperlichen und seelischen Foltermethoden anwenden, Ärzte an ihrer Seite. Die Familien der Menschen, die gezwungen sind, weil sie den Staatsterror nicht mehr aushalten können, ihr Dorf, ihr Feld für eine vorübergehende Zeit zu verlassen, werden jeglicher unmenschlichen Behandlung ausgesetzt, die Militärkräfte lassen die Frauen, die den Aufenthaltsort ihrer Männer nicht verraten, von Ärzten in der Region untersuchen, und versuchen so festzustellen, ob die Männer Kontakt zu ihren Familien haben oder nicht.

Hier wollen wir, nachdem wir noch einen Punkt gestreift haben, diesen Abschnitt beenden. Wie bereits zuvor festgestellt wurde, sind im Winter in Kurdistan Tausende von Dörfern von der Außenwelt abgeschnitten und die dort lebenden Menschen sind in Bezug auf ansteckende Krankheiten ihrem Schicksal überlassen. Trotz dieser Schwierigkeiten sind die kurdischen Dörfler, die versuchen ihre Kranken mit Schlitten oder auf Pferden in die nächste Kreisstadt zu bringen und deren Kranke manchmal unterwegs sterben, gezwungen, den Tod ins Auge zu fassen, wenn sie durch Gebiete gehen müssen, die von Militäreinheiten streng kontrolliert werden, deren Betreten und Verlassen manchmal verboten ist und zu denen nicht einmal die Presse Zutritt hat. Gleichzeitig aber hat der türkische Staat für die Militäreinheiten, die das gleiche Gebiet kontrollieren und dort Operationen durchführen, die modernsten Helikopter der Welt gekauft und im Einsatz.

SCHLUSSFOLGERUNG

So wie das Personal, das in Kurdistan in den Gesundheitseinrichtungen seine behandelnden Gesundheitsdienstleistungen durchführt, normalerweise überhaupt keine Motivation hat, in der Region zu arbeiten, so sind ihm auch meistens die Geschichte der kurdi-

schen Gesellschaft, ihre Kultur, ihre moralischen und gesellschaftlichen Normen völlig fremd. Daß der Kranke beim Kontakt mit dem Arzt nicht einmal seine eigene Muttersprache sprechen darf, beseitigt die Bedingungen, die es möglich machen würden, (...) die kurdische Gesellschaft über die lebenswichtigsten Gesundheitsthemen zu informieren und zu erziehen. Ich denke, daß diese Tatsache wohl eine der grundlegendsten Ursachen für die Entfremdung zwischen der kurdischen Gesellschaft und den Gesundheitseinrichtungen ist.

Die Bedingungen, unter denen das kurdische Volk zu einer zeitgemäßen Lösung für alle Gesundheitsprobleme gelangen könnte, mit denen es konfrontiert ist, sind vorhanden. Die Lösung dieser Probleme kommt an oberster Stelle gleichzeitig mit den grundlegendsten Menschenrechten, die das kurdische Volk braucht.

Die grundlegende Gesundheitspolitik, die gemeinsam mit gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Veränderungen die in Kurdistan existierenden Gesundheitsprobleme lösen kann, müßte eine nationale Gesundheits- und Medikamentenpolitik sein, die auf der Kultur, Moral und den gesellschaftlichen Normen der kurdischen Gesellschaft aufgebaut ist, die die positiven Seiten der traditionellen kurdischen Medizin einbezieht, die der vorbeugenden Medizin und der Volksgesundheit Vorrang gibt, die für alle kostenlos ist, deren Gesundheitseinrichtungen und -dienste in den städtischen und ländlichen Gegenden ausgeglichen verteilt ist, die durch umfangreiche Beteiligungs-, Kontroll- und Entscheidungsmechanismen des Volkes bestimmt ist, die eine Antwort geben kann auf die wirklichen Bedürfnisse des Landes, die als Ergebnis epidemiologischer Untersuchungen festgestellt werden.

Zweifellos wird all dieses das eigene Werk der kurdischen Gesellschaft sein. Und um dabei erfolgreich zu sein, muß die kurdische Gesellschaft frei sein, sie muß demokratisiert werden, und sie muß ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen.

Anmerkung:

* In Zusammenhang mit diesem Bezirk (Elazig-TI) konnte ich leider keine statistischen Angaben finden. Aber ich glaube nicht, daß innerhalb der Gesamtheit die Durchschnittszahlen und Ergebnisse für diesen Bezirk eine bedeutsame Veränderung hervorgerufen würden. So wurde (in Elazig-TI) bei je 10 von 100 Personen eine Erkrankung an Trachom festgestellt.

Die kurdische nationale Bewegung macht auch in der ehemaligen Sowjetunion einen Vorstoß

AUTONOME REPUBLIK IN LACIN

Während in Südkurdistan mit Unterstützung der USA organisierte Wahlen stattfinden, brennt der Norden Kurdistans von der Erde bis zum Himmel. (...) Auch die Kurden in der Sowjetunion bereiteten sich in der Phase der Auflösung der Sowjetunion darauf vor, neue Vorstöße zu unternehmen. So steht auch in Lacin die Ausrufung einer autonomen kurdischen Republik auf der Tagesordnung. In dem Gebiet, das als Lacin bekannt ist und zu Aserbaidschan gehört, war 1923 mit Lenins Unterstützung eine autonome kurdische Republik mit dem Namen Kürdistan'a Sor (Rot-Kurdistan) ausgerufen worden.

Das Gebiet Lacin in dem Kürdistan'a Sor gegründet wurde, liegt zwischen dem heutigen Karabach und Armenien. Die Hauptstadt der 1923 gegründeten kurdischen Republik war Lacin. Die Republik setzte sich aus den Bezirken Lacin, Kobalto, Zengilan und Kelbecar zusammen. In der Stalinzeit, 1929, wurden per Beschluß eine Menge von autonomen Republiken der Völker mit geringen Bevölkerungszahlen aufgelöst. Unter diesen Republiken, deren Unabhängigkeit ein Ende gesetzt wurde, befand sich auch Kürdistan'a Sor. Jedoch war der Beschluß, die autonome Republik Kürdistan'a Sor zu beseitigen, eigentlich eine Entscheidung Aserbaidschans und so beendete Aserbaidschan 1929 die Existenz der autonomen Republik Kürdistan'a Sor.

Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit vieler Nationen zusammen mit der Auflösung der Sowjetunion, kam auch die erneute Gründung von Kürdistan'a Sor auf die Tagesordnung. Nach der Auflösung der UdSSR leben die Kurden in verschiedenen Staaten und werden von den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich behandelt. Nach einer im Jahre 1926 durchgeführten Volkszählung lebten in der autonomen Republik Kürdistan'a Sor zwischen 41 und 42 000 Kurden. Nach einer von Aserbaidschan im Jahre 1979 durchgeführten Volkszählung wurde erklärt, daß in Lacin kein einziger Kurde lebe. Nach der Auflösung der Republik Rot-Kurdistan hatte Aserbaidschan genau die gleiche Politik

wie die Türkei verfolgt, die Kurden zu Azeris erklärt und ihre Existenz als Kurden verboten. Die Kurden begannen sich gegen diese Situation auf gerichtlichem Weg zu wehren. Bei einer erneuten Volkszählung im Jahre 1989 hatten 15 000 Kurden aufgrund ihres Widerstandes ihre Identität als Kurden zurückerhalten. Demgemäß werden nur die 15 000 Kurden, denen es gelang, in ihren Ausweisen eintragen zu lassen, daß sie Kurden sind, als Kurden anerkannt.

In der Phase des autonomen Kurdistans hatten die Kurden einen eigenen Radiosender (Radyoya Kurdi) und eine Tageszeitung namens Kurdistan'a Sor besessen, die Volksbildung wurde in kurdisch durchgeführt. In dieser Zeit wurden Grund-Mittelschulen und Gymnasien eröffnete. Obwohl heute durch die Assimilationspolitik nichts davon geblieben ist, intensivieren die Kurden untereinander die Einheit und Gemeinsamkeit.

Obgleich die Anzahl der Kurden nach unseren Untersuchungen hoch ist, wird, in den Ländern, in denen sie leben, ihre Existenz geleugnet, oder nur die Hälfte der vorhandenen Anzahl wird in die offiziellen Statistiken aufgenommen. So leben, wenn wir uns die Zahlen betrachten, in Armenien nach offiziellen Angaben 60 000 Kurden, in Wahrheit aber 120 000 Kurden. In Aserbaidschan gibt es nach offiziellen Angaben 15 000 Kurden, in Wirklichkeit dagegen sind es 250 000. In Georgien leben nach den offiziellen Zahlen 40 000 Kurden, in Wirklichkeit 53 000. In den Staaten Mittelasiens (Kirgisien, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan) befinden sich offiziell 45 000 Kurden, in Wahrheit sind es 80 000. Außerdem leben 25 000 Kurden, die ihre Identität nicht preisgegeben haben, als Flüchtlinge in Rußland in dem Gebiet Krosnodar. Außer all diesen gibt es über mehrere Republiken verteilt weitere 4000 Kurden.

Die Anzahl der Kurden, die früher in Nahcivan in 5 großen Dörfern lebten, betrug 20 000. Heute sind sie jedoch allesamt von den Azeris assimiliert. Wenn einige Quellen behaupten, daß auch in Karabach Kurden leben, so ist das nicht richtig. Die Anzahl der dort lebenden Kurden übersteigt ein paar Personen nicht.

Während mit der Auflösung der

UdSSR das nationale Problem aktuell wurde und jede Nation ihre Unabhängigkeit ausrief, begannen auch die Probleme aufzutreten, die der Realsozialismus nicht hatte lösen können. Nationen, die Jahrzehnte zusammengelebt hatten, richteten plötzlich all ihre bewaffneten Kräfte gegeneinander und begannen das Problem einer militärischen Lösung zu überlassen. Mit dem Ziel, aus der durch den Krieg zwischen Azeris und Armeniern entstandenen Situation zu profitieren, brachte auch das in der ehem. Sowjetunion lebende kurdische Volk, Rot-Kurdistan von neuem auf die Tagesordnung. In Armenien sind die von Kurden gegründeten Organisationen Komeleya Ronahi, Komeleya Jinen Kurd li Gürcistane, Komeleya Xorten Kurd li Gürcistane, und in Aserbaidschan die Organisation Navenda Canda Kurdi aktiv. Im Namen aller in der ehem. Sowjetunion lebenden Kurden arbeitet Yekitiya Kurden Sovyet (Yekbun). Der Vorsitzende dieser Organisation ist Mihemed Suleman Babeyev. Er wird von Moskau als Vertreter der Kurden akzeptiert.

Obwohl man letztendlich nicht weiß, was die neue Situation, die mit der Besetzung Lacin's durch Armenien begann, alles bringen wird, ist es eine Tatsache, daß die Kurden ihre Anstrengungen verstärkt haben, ein autonomes Kurdistan zu gründen. Alle kurdischen Organisationen in der ehem. Sowjetunion unterstützen die PKK. Die Organisationsbeauftragten, mit denen wir sprachen, erklärten, daß sie in Aserbaidschan und Turkmenistan mit größten Schwierigkeiten konfrontiert seien. Der Grund dafür liege in den Beziehungen, die diese Staaten mit der Türkei eingegangen sind. Die Führer der Organisationen erklärten, daß sie, da man mit den kämpfenden Kurden in der Türkei die gleichen Ziele verfolgen, und da der türkische Staat ein Massaker am kurdischen Volk begangen habe, aus Protest gegen diese Lage verschiedene Aktivitäten entwickelt habe. Die Organisation Yekbun, die vor 2 Wochen in Moskau eine Kundgebung abhielt, hat einen Beschwerdebrief über die Türkei an die Vereinten Nationen geschickt.

(...)

Yavuz Özcan
in *Yeni Ülke*, 7-13.6.1992

Bericht der Kücükarmutlu Delegation

Eine Delegation aus Hamburg besuchte vom 4.8. bis zum 11.8.1992 das Gecekondu-Viertel Kücükarmutlu in Istanbul, in dem 8.000 Menschen von Räumung und Abriß ihrer Häuser bedroht sind. Die Delegation bestand aus 5 Mitgliedern des 'Komitee gegen den imperialistischen Krieg', welche sich Anfang 1991 aus Anlaß des Krieges gegen die arabischen Völker gründete. Seit dem Ende der 'heißen Phase' des Krieges beschäftigt sich das Komitee mit der Situation und dem Kampf der Menschen in der Türkei und Kurdistan, insbesondere wegen den politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Imperialismus in dieser Region. Deshalb war es für uns im Rahmen der internationalen Solidarität selbstverständlich dem Aufruf des Kölner Kücükarmutlu Solidaritätskomitee zu folgen und Anfang August nach Istanbul zu fahren, um folgende Aufgaben zu erfüllen:

- als internationale Schutzbrigade eine unmittelbar bevorstehende Räumung des Gecekondu durch unsere Anwesenheit zu verzögern

- bei offiziellen Stellen Istanbuls gegen die bevorstehende Räumung und gegen die massive Repression des türkischen Staates gegen die EinwohnerInnen von Kücükarmutlu zu protestieren

- das politische Tagesgeschehen mitzuverfolgen und den Kampf unserer türkischen FreundInnen und GenossInnen kennenzulernen und uns solidarisch an ihre Seite zu stellen.

Eine Woche lang haben wir in Familien aus Kücükarmutlu gelebt, die beeindruckende Gastfreundschaft dieser Menschen erlebt und Gespräche mit den Bewohnern des Viertels geführt, um von ihrem Kampf zu erfahren. Die Gespräche haben gezeigt, daß die Polizei mit äußerster Gewalt gegen die BewohnerInnen des Viertels vorgeht. Seit etwa einem Jahr ist das Gecekondu einem Belagerungszustand ausgesetzt, seit zwei Monaten sind die Schulen durch die Polizei besetzt, Polizeipanzer patrouillieren abends und nachts durch die Straßen. Die BewohnerInnen werden immer wieder mit dem Vorwurf, Terroristen zu sein, festgenommen, verhört und mehrere Tage in Gayrettepe von der politischen Polizei gefoltert. Sie müssen aber immer wieder freigelassen werden, da ihnen nichts vorzuwerfen ist. Die BewohnerInnen von Kücükarmutlu organisieren sich gemeinsam gegen die Repression des türkischen Staates und gegen die geplante Räumung. Dieser Widerstand ist legitim, weil die Vertreibung aus dem Gecekondu den Menschen ihre Lebensgrundlage ent-

2000 Polizisten umstellten am Morgen des 20.6.92 Kücükarmutlu. Kücükarmutlu gilt als "befreites Gebiet" und als Viertel, in dem sich Mitglieder linksradikaler Organisationen verstecken. Einige zuvor festgelegte Häuser wurden durchsucht. Bei einer Schießerei wurde eine Person verletzt. Der Sicherheitskommandant erklärte der Presse, daß sich in dem Viertel Mitglieder von Devrimci Sol verstecken würden.

Um Recht und Ordnung wieder herzustellen, würden jetzt die Armen in Kücükarmutlu registriert, um ihnen staatliche Hilfen zukommen zu lassen.

Bewohner sagen, daß das Viertel seit 20 Jahren existiere, und von staatlichen Dienstleistungen hätte man außer Polizeioperationen nie etwas gesehen.
nach Cumhuriyet vom 21.6.92



zieht. Deshalb sind die Menschen bereit, ihre Häuser auch mit dem Leben zu verteidigen! In verschiedenen Aktionen haben sie auch Stellung zu anderen politischen Themen bezogen, so z.B. zeigen sie sich solidarisch mit dem Befreiungskampf der KurdInnen unter Führung der PKK und machten Aktionen gegen den imperialistischen Golfkrieg, bei denen einer der BewohnerInnen von der Polizei ermordet wurde. Die Angriffe richteten sich auch gegen uns als ausländische Delegation. Am 2. Tag wurden wir durch zivile Polizei für 4 Stunden in Gewahrsam genommen und in Gayrettepe von der politischen Polizei verhört. Dieses Vorgehen verstehen wir als einen weiteren Angriff gegen die BewohnerInnen von Kücükarmutlu. So soll internationale Solidarität verhindert und kriminalisiert werden und der Widerstand gegen die Räumung und die alltägliche Unterdrückung zerstört werden.

Das Gebiet von Kücükarmutlu ist auf Grund seiner günstigen und schönen Lage von großem Interesse für den Bau von Wohnungen für Reiche und noblen Bürohäusern. Auch das Militär hat ein strategisches Interesse an dem Gebiet angemeldet. Das Recht der Menschen auf Wohnen zählt nichts, wenn es um die Interesse der Bourgeoisie und der Reichen geht. Die um ihn auf die Situation in dem Gecekondu aufmerksam zu machen und ihn dazu zubewegen, sich für Kücükarmutlu einzusetzen. In Zusammenhang türkische Regierung führt einen Krieg

gegen das eigene Volk.

In der Woche in Kücükarmutlu haben wir den Pastor der deutschen evangelischen Gemeinde besucht mit unserer Verhaftung haben wir den deutschen Konsul besucht damit er gegen die Übergriffe auf Delegationen bei den zuständigen Stellen protestiert. Der Konsul hatte aufgrund der Aktivitäten von Delegationen aus der BRD Kücükarmutlu besucht und sich über die Situation informiert. Bei einem Besuch der streikenden Gewerkschaft der Verwaltungsarbeiter von Istanbul nahmen wir an einer Kundgebung teil. In einem kurzen Redebeitrag drücken wir unsere Solidarität mit dem rechtmäßigen Kampf der ArbeiterInnen aus. Die Bedeutung der Kultur, sei es Theater, Musik oder Film, für den demokratischen und revolutionären Kampf in der Türkei lernten wir bei einem Besuch eines Kulturvereins kennen. Überall stellten wir fest, daß es trotz der staatlichen Hetze eine breite Solidarität mit den Menschen aus Kücükarmutlu gibt.

Die Eindrücke und Erfahrungen dieser Woche haben uns in der Solidarität mit dem Kampf in Kücükarmutlu und dem revolutionären Kampf in der Türkei bestätigt und bestärkt. Darüberhinaus waren wir beeindruckt von der Gastfreundschaft, die uns entgegengebracht wurde, von dem solidarisches Leben der Menschen und ihrer Kraft und starken revolutionären Haltung, mit der sie gegen die Vertreibung und langfristig für Demokratie und Sozialismus kämpfen.

Nachrichten aus Cumhuriyet

In den 'Nachrichten aus Cumhuriyet' tauchen immer wieder Begriffe wie "Terroristen" für Mitglieder der PKK oder für Mitglieder für türkischer revolutionärer Organisationen auf. Diese Wortwahl entspricht nicht der Meinung der Redaktion, ist aber bei der Widrigkeit der Nachrichten nicht ganz zu vermeiden, will man die Nachrichten (und die Bewertung der Kämpfe von Linken und KurdInnen durch die Presse) nicht verfälschen. Ebenso ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten aus Kurdistan – vor allem was Tote auf Seiten der "Sicherheitskräfte" betrifft – anzuzweifeln. Bei der Zeitung Cumhuriyet handelt es sich um eine liberale, kemalistische Tageszeitung, die vergleichsweise seriösen Journalismus betreibt, die aber, wie alle anderen Tageszeitungen auch, staatstragend ist.

Die Redaktion

6.6.92

HUNGERSTREIK IN BURSA

Eine Kommission aus Mitgliedern der HEP, SP, und Özgür Der, die mit den hungerstreikenden politischen Gefangenen im Bursa E-Typ Gefängnis sprechen wollten, wurden nicht in das Gefängnis gelassen. Daß man Informationen, vor allem bezüglich der seit über einem Monat hungerstreikenden Studentin Elif Norata, die an Magenblutungen leide, verweigere und diese vor der Öffentlichkeit verheimliche, bezeichnete die Kommission als beunruhigend.

IN POLIZEIHAFT VERSCHWUNDEN

Der von der Sicherheitskommandantur Ardesen festgenommene Lehrer, Kadir Genc, ist, nachdem er von Einheiten der politischen Polizei nach Rize gebracht wurde, verschwunden. Der Vater von Kadir Genc, der seinen Sohn zuletzt am 31. Mai besuchen konnte, erklärte, daß man versucht habe, mit Zwang und Folter seinen Sohn zu einem Geständnis über die Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zu zwingen.

GEFÄNGNISDIREKTOR UND STAATSANWALT VOM DIENST SUSPENDIERT

Nach einer Untersuchung über die Zustände im geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara, die auf den Pro-

test der Gefangenen und ihrer Anwälte hin durchgeführt wurde, suspendierte das Justizministerium den Gefängnisdirektor und den Staatsanwalt vom Dienst. Die Gefangenen hatten einen Hungerstreik gegen die Folter und Unterdrückung sowie gegen die Verhinderung von Anwalts- und Familienbesuchen begonnen. Der Hungerstreik dauert an. Der Gefängnisdirektor wurde zum Direktor der Besserungsanstalt Ankara ernannt.

7.6.92

GOSSER SCHLAG GEGEN PKK

Bei dem Versuch, die Jandarma Wache in Sarıdüzü zu überfallen, wurden die Gruppe von ca. 150 PKK-Militanten von Sicherheitskräften zurückgeschlagen. Bei dem Gefecht starben 23 Militante, darunter 7 Mädchen.

9.6.92

VETO FÜR JUSTIZREFORM

Die von der Regierung ausgearbeitete, in der Öffentlichkeit als größter bisheriger Schritt in der Demokratisierung bezeichnete, Justizreform wurde von Özal an das Parlament zurückverwiesen. Sein Veto begründete Staatspräsident Özal u.a. damit, daß die Änderung einiger Paragraphen die Gleichbewertung von normalen Vergehen mit Terrorvergehen mit sich bringen würde, und dadurch große Nachteile entstehen würden. Dies laufe außerdem der Verfassung zuwider.

JOURNALIST ERSCHOSSEN

Der Journalist der Zeitung Özgür Gündem, Hafız Akdemir wurde gestern in Diyarbakir auf dem Weg von seiner Wohnung zur Arbeit durch Kopfschuss von hinten getötet. Akdemir, der zuvor bei Yeni Ülke gearbeitet hatte, hatte Morddrohungen erhalten. Im Südosten wurden in den letzten 4 Monaten 5 Journalisten (linker Zeitungen-TI) erschossen.

PROTESTE DER STÄDTISCHEN ARBEITER

In Istanbul demonstrierten gestern 30 000 städtische Arbeiter gegen die Nichteinigung bei den Tarifverhandlungen. Viele Dienstleistungsbetriebe wie z.B. die städtischen Busse standen still.

11.6.92

REKORD BEI DER GELDEMISSION

In den kommenden Monaten wird die

Regierung u.a. wegen der Lohn- und Gehaltserhöhungen bei den öffentlichen Angestellten und den Beamten sowie der Binnenverschuldung mit zusätzlichen Kosten von 50 Trill. TL konfrontiert. Für die notwendigsten Zahlungen wurden in den letzten 3 Tagen 9,2 Trill. TL gedruckt. Die Zunahme des auf dem Markt befindlichen Papiergeldes seit Neujahr beträgt 65,3 %.

PROTESTE GEGEN ERMORDUNG VON AKDEMIR

Bei Protestkundgebungen in Adana und Diyarbakir gegen die Ermordung des Journalisten Akdemir und gegen die Polizei, die den Erschossenen heimlich beerdigt hat, ohne die Verwandten in Kenntnis zu setzen, wurden die Demonstranten von Sicherheitskräften festgenommen. In Batman wurde der Cousin von Akdemir, Ibrahim Demirhan ebenfalls von unbekanntem Tätern erschossen. Die Zahl der Morde mit unbekanntem Täter in Batman hat sich damit in den letzten 10 Tagen auf 7 erhöht.

15.6.92

AUCH WÄHREND DES OPFERFESTES FLOSS BLUT IM SÜDOSTEN

Im Bezirk Tatvan wurde ein Kleinbus angehalten und die 13 Insassen erschossen. Über die Täter ist nichts bekannt.

In Tatvan beschloß die PKK einen Zug mit Raketenwerfern, ein Kind starb bei dem Angriff, 9 Reisende wurden verletzt.

Bei Gefechten zwischen PKK'lern und Dorfschützern in Cayirli/Bitlis wurden 7 Dorfwächter verletzt.

Im Bezirk Hani/Diyarbakir wurde eine Sicherheitskommandantur von einer großen Gruppe von PKK'lern beschossen und schwer beschädigt.

Im Bezirk Yüreğir/Adana wurde ein Großgrundbesitzer aus seinem Haus entführt und getötet. Zu dem Anschlag bekannte sich TKP/ML-TIKKO.

Bei verschiedenen Operationen wurden 7 PKK-Mitglieder gefaßt, die Leichen von 5 PKK'lern sowie eine große Anzahl an Waffen gefunden.

16.6.92

ÖZGÜR GÜNDEM KONFISZIERT

Die Ausgabe der Zeitschrift Özgür Gündem vom 10. Juni wurde wegen illega-

ler Propaganda konfisziert. In der Zeitschrift wurde eine Serie über den PKK-Führer Abdullah Öcalan abgedruckt.

18.6.92

STREIKWELLE ERWARTET

Das Verwaltungsgericht revidierte die Entscheidung des Ministerrates, den geplanten Streik der 10 600 TIGEM ArbeiterInnen (Landwirtschaftsverarbeitungsbetriebe) wegen Schädigung der allgemeinen Gesundheit und der nationalen Sicherheit um 60 Tage zu verschieben. Der TIGEM Streik beginnt damit am 26. Juni. Bereits seit dem 28. Mai streiken 15 000 andere ArbeiterInnen aus dem Landwirtschaftssektor. Die Gewerkschaft der städtischen ArbeiterInnen Belediye-İs beschloß gestern den Streik für 75 000 ArbeiterInnen in Istanbul Ankara, Adana und Izmir. Weitere 48 000 ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors warten auf die Unterzeichnung ihres Tarifvertrages durch Demirel. Andernfalls werden auch sie streiken.

Um die Regierung zu Tarifverhandlungen zu zwingen, haben gestern die 52 Führer von Beamten-Gewerkschaften einen Marsch von Istanbul nach Ankara begonnen.

"IN 40 TAGEN 180 TERRORISTEN GETÖTET"

Der Gouverneur des Ausnahmezustandsgebietes Ünal Erkan erklärte, daß innerhalb der letzten 40 Tage bei Gefechten zwischen Sicherheitskräften und der PKK 180 Militante getötet worden seien. 60 Sicherheitskräfte hätten dabei ihr Leben verloren. 36 Angehörige der Organisation hätten sich während der Gefechte ergeben, 21 hätten sich aus Reue gestellt. 684 Personen, die den Militanten Unterschlupf gegeben und Kurierdienste geleistet hätten, seien gefaßt worden.

20.6.92

4 TOTE BEI GEFECHTEN IN SILVAN

Bei einer in einem Haus in Silvan durchgeführten Operation der Sicherheitskräfte wurden 4 Terroristen tot gefaßt. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen wurden 6 Polizisten verwundet. Ein bei der Sicherheitskommandantur Uludere angestellter Wächter wurde bei Verwandten in Antalya von 4 sich als Polizisten ausgebenden Männern entführt. Am nächsten Morgen wurde er an einem Baum aufgehängt aufgefunden, in seinen Mund waren 10 000 TL gestopft. Aus der Sicherheitskommandantur wurde verlautbart, daß dies der dritte Mord dieser Art in diesem Jahr in Antalya sei, und daß die PKK dahinterstecke.



Verletzter nach Polizeieinsatz gegen Gewerkschafter auf ihrem Marsch nach Ankara im Juni 1992

JOURNALIST FESTGENOMMEN

Der Nusaybiner Korrespondent der Zeitung Özgür Gündem, Abdulvahap Aslan wurde vorgestern abend von der politischen Abteilung der Sicherheitskommandantur Nusaybin festgenommen und zum Verhör nach Mardin gebracht.

VORSTAND DES MENSCHENRECHTSVEREINS GETÖTET

Das Bezirksvorsandsmitglied der HEP und des Menschenrechtsvereins in Batman, Siddik Tan wurde bei einem bewaffneten Angriff getötet. Siddik Tan, der letztes Jahr bereits bei der Explosion einer Bombe in seinem Auto schwer verletzt worden war, wurde vorgestern abend in der Wohnung seines Teilhabers von drei unbekanntenen Personen erschossen.

23.6.92

POLIZEIKNÜPPEL GEGEN GEWERKSCHAFTER

Die Vorstände der Beamten-Gewerkschaften haben ihren 7-tägigen Marsch von Istanbul nach Ankara beendet, wo sie Arbeits- und Sozialminister Mogultay ihre Aufforderung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen überbrachten. Im Verlauf ihres Marsches wurden die Gewerkschafter einige Male von der Polizei behindert. Einige Gewerkschafter wurden verprügelt, einem wurde die Nase gebrochen. Auch der Korrespondent der Zeitschrift Özgür Gündem wurde verprügelt, seine Filme beschlagnahmt. Das niedrigste Beamtengehalt wird nach der von der Regierung für die zweite Hälfte des Jahres vorgesehenen

Gehaltserhöhung bei 1,3 Mio TL (ca 300 DM) brutto liegen.

PKK-ANGRIFF AUS DEM IRAN

Bei einem Angriff einer großen Gruppe von PKK'ern auf die Jandarmen-Grenzstation Perihan im Bezirk Yüksekova mit Raketenwerfern und Maschinengewehren wurden 6 Soldaten getötet und 4 verletzt. Von den 20 bei dem Gefecht getöteten PKK'ern wurden bisher nur von 12 die Leichen gefunden.

In Elmasiri/Solhan griff eine Gruppe von 30 PKK'ern mehrere Gebäude des Ortes mit Raketenwerfern an. Dabei wurden 5 Personen, darunter ein Dorfwächter getötet, und 4 Personen entführt.

HUNGERSTRAFE FÜR DEN BERITAN-CLAN

Mit der Begründung, sie hätten den PKK-Militanten geholfen, wurde dem aus 3 000 Familien mit 30 000 Personen bestehenden Beritan-Clan, einer der größten Nomadensippen, durch den Gouverneur von Mus verboten, auf ihre Alm im Bezirk Varto zu ziehen. Damit sind 60 000 Stück Vieh in Gefahr. Da die Lebensgrundlage des Clans die Viehzucht ist, seien sie damit zum Hungern verurteilt, so das Oberhaupt des Clans. Der Bezirksvorsitzende der HEP von Diyarbakir, Turhalli, erklärte, daß derartige Verbote in der Region häufig ausgesprochen würden. Es gebe ein faktisches Almverbot dadurch, daß in den Bergen stationierte Sicherheitskräfte, die Tiere töten würden. Man beraube die Leute so ihrer Existenzgrundlage und versuche sie dadurch zu zwingen, zu den Dorfmitzeln zu gehen.

24.6.92

VERLÄNGERUNG DES AUSNAHMEZUSTANDES

Demirel und İnönü erklärten vor der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, daß sie beabsichtigen, den Ausnahmezustand um 4 Monate zu verlängern, die sog. SS Verfügung über Verbannung und Zensur aber aufzuheben. Man wolle auch die Stationierungsdauer der Schnellen Eingreiftruppen der NATO verlängern. Der Nationale Sicherheitsrat, der gestern im Staatspräsidentenamts zusammentrat, beschloß, der Regierung eine Verlängerung des Ausnahmezustandes um 4 Monate und der Stationierung der Schnellen Eingreiftruppen um 6 Monate vorzuschlagen. Auch sie seien dafür, die SS Verfügung aufzuheben.

ARBEITER MARSCHIERTEN, ISTANBUL STAND STILL

34 000 ArbeiterInnen der Belediye-Is Gewerkschaft (städtische Arbeiter)

und unterstützende Beamte, legten gestern wegen der Nichteinigung bei den Tarifverhandlungen für einen Tag die Arbeit nieder. Außer dem öffentlichen Nahverkehr ruhten alle städtischen Dienstleistungen. Durch die Absperrungen während des Demonstrationzuges wurde der Verkehr behindert.

PKK GREIFT DÖRFER AN

Bei einem Raketenwerferangriff der PKK von den umliegenden Hügeln aus auf die Häuser von zwei Dorfschützern in Seki/Gercüs wurden 10 Personen, davon 6 Kinder getötet, als das Haus bei den Gefechten in Brand geriet. Bei einem Angriff der PKK auf das Dorf Cayarasi/Bitlis töteten die Militanten eine Person und verletzten 6 Dorfschützer.

JUNGFRÄULICHKEITS-KONTROLLE FÜR WEIBLICHE MILITANTE

Die Sicherheitskommandantur Adana läßt aus politischen Gründen festgenommene Frauen auf ihre Jungfräulichkeit untersuchen, um, nach den Worten des Sicherheitskommandanten Altan, zu verhindern, daß diese nach dem Verhör die Polizei schlechtmachten und behaupteten, sie seien vergewaltigt worden. Man habe diese Praktik nach der Festnahme der Krankenschwester Meliha Curabaz im letzten Jahr eingeführt, die nach ihrem Verhör die Polizei aufs häßlichste verleumdet habe.

EHEMALIGER POLIZIST ERSCHOSSEN

Der ehemalige Polizeibeamte der Anti-Terror Abteilung Istanbul, Ali Türeli, wurde vor seinem Haus von 3 bewaffneten Personen erschossen.

25.6.92

PROBLEME DES TOURISMUS IM SÜDOSTEN

Die touristischen Einrichtungen im Südosten, die letztes Jahr wegen der Golfkrise mit Verlust schlossen, sind auch dieses Jahr in einer schwierigen Situation. Aufgrund der blutigen Vorfälle im Südosten wurden die Reservierungen fast zu 100 % storniert. Auch die im letzten Jahr von PKK-Militanten durchgeführten Entführungen von Touristen schreckten Touristen ab.

26.6.92

ÖZEP WURDE DIE 19. PARTEI

Der Gründungsantrag der Freiheits- und Gleichheitspartei ÖZEP, unter deren Gründern sich die 18 aus der HEP stammenden unabhängigen Abgeordneten befinden, wurde dem Innen-

ministerium übergeben. Der Gründungsvorsitzende Alinak erklärte gegenüber Journalisten auf die Behauptung, die ÖZEP sei eine Scheinpartei, die dazu gegründet wurde, um sich mit der HEP zu vereinigen (und so den unabhängigen Abgeordneten die bei den Wahlen von der HEP in die SHP übertreten mußten, um gewählt werden zu können, die Möglichkeit zu geben, als Abgeordnete der HEP im Parlament zu sitzen-TI), daß die ÖZEP eine Partei sei, die durch den demokratischen Kampf der Massen die Demokratie errichten wolle. Aus diesem Grund sehe man die HEP als Bruder- und Freundespartei an, es gebe grundsätzliche Übereinstimmung mit der HEP.

UNABHÄNGIGE ABGEORDNETE UNTER BEOBACHTUNG

Die aus der HEP stammenden unabhängigen Abgeordneten und die Führer der HEP stehen, v.a. auf ihren Auslandsreisen unter intensiver Beobachtung durch Angestellte der Konsulate im Ausland. Über ihre Reden auf Veranstaltungen im Ausland werden Berichte angefertigt und nach Ankara geschickt, da deren Teilnahme und Reden auf diesen Veranstaltungen v.a. in militärischen Kreisen Unmut hervorgerufen haben. Die Veranstaltung würden nach den Berichten in der Hauptsache von PKK-Anhängern besucht. Die Angelegenheit wurde auch auf der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates behandelt.

27.6.92

PKK-ÜBERFALL AUF MOSCHEE

In Yolac/Silvan überfiel eine bewaffnete Gruppe, die sich als PKK'ler zu erkennen gab, eine Moschee, holte 13 Personen aus der Moschee und schoß auf sie. 10 Personen starben, 3 wurden schwer verletzt.

In Tepe/Idil fuhr ein Traktor auf eine, wie festgestellt wurde, von der PKK gelegte Mine, so daß 5 Personen starben und 6 Personen verletzt wurden.

TIGEM STREIK WIEDER VERSCHOBEN

Einige Stunden nach Beginn des Streiks der 10 600 ArbeiterInnen der Landwirtschaftsverarbeitung TIGEM wurde der Streik zum zweiten Mal verhindert. Das Verwaltungsgericht hatte zuvor die Entscheidung des Ministerrates, den Streik wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Gesundheit zu verschieben, aufgehoben. Nachdem die Regierung Revision eingelegt hat, wurde der Streik nun erneut für 60 Tage verboten.

28.6.92

SSK TREIBT UNIKLINIKEN IN DEN UNTERGANG

Durch die hohen Schulden der Sozialversicherung SSK u.a. an die Krankenhäuser haben diese nicht einmal mehr Geld, die notwendigsten Medikamente, Operations- und Verbandsmaterial zu kaufen. Einige Abteilungen müssen deshalb geschlossen werden.

BLUTVERGIESSEN IM SÜDOSTEN

Der Tod eines Feuerwehrmannes und des Chauffeurs des Feuerwehrautos im Bezirk Idil, die durch Dorfschützer erschossen wurden, hat im Bezirk zu großen Spannungen geführt. Aus Protest gegen die Vorfälle schlossen die Händler ihre Geschäfte. Der einzige Feuerwehrmann, der den Überfall überlebte (ein 4. Mann liegt im Koma) erklärte, daß sie beim Wasser holen in ihrem Wagen von Dorfschützern beschossen wurden. Es sei eindeutig nicht die PKK gewesen. (Der Anschlag sollte offensichtlich der PKK in die Schuhe geschoben werden. Wie dieses Beispiel zeigt, sind Meldungen über PKK Überfälle auf sog. Unschuldige mit großer Vorsicht zu genießen -TI). Bei einem Gefecht von Sicherheitskräften mit etwa 50 PKK'ern bei Eruh wurden 4 Soldaten getötet. In Ambarli/Derik töteten PKK'ler bei einem Überfall den Dorfimam und seinen Gast, einen zweiten Imam.

29.6.92

AUSNAHMEZUSTAND VERLÄNGERT

Die Verlängerung des Ausnahmezustandes in 10 Bezirken um 4 Monate ab 19. Juli sowie die Verlängerung der Stationierung der internationalen Schnellen Eingreiftruppen um 6 Monate ist nun offiziell.

IN 6 MONATEN 265 PKK'LER GETÖTET

Nach Angaben von Innenminister Sezgin habe es zwischen dem 20.11.91 und dem 14.5.92 2841 Terrorvorfälle gegeben, bei denen 283 Personen, davon 175 Sicherheitskräfte getötet wurden. 265 PKK'ler seien getötet und 129 lebend gefaßt worden.

30.6.92

TIGEM ARBEITER/INNEN BEGINNEN PROTESTAKTIONEN

Nachdem die Regierung den Streik der 10 000 TIGEM-ArbeiterInnen zum zweiten Mal ausgesetzt hat, begannen diese einen einwöchigen Bummelstreik und gemeinschaftliche Arztbesuche.

STUDENT ERSCHOSSEN

Der vorgestern Nacht in Diyarbakir von einer unbekanntenen Person erschossene Student Abdullah Aksoy wurde gestern in Cizre unter großen Sicherheitsvorkehrungen beigesetzt. An dem Beerdigungszug nahmen 7000 Menschen teil, die Händler schlossen aus Protest ihre Geschäfte.

ÜBERFALL IN DIYARBAKIR

2 Angestellte eines Studentenwohnheimes in Diyarbakir wurden von einer unbekanntenen Person beschossen. Einer der beiden Männer, die aus Silvan stammten, starb, der andere wurde schwer verletzt.

BOMBEN FIELEN AUS FLUGZEUG

Im Bezirk Semdinli Hakkari fiel aus einem getarnten Flugzeug eine Bombe auf ein Feld. Dabei wurden 2 Personen (20 und 7 Jahre alt) getötet und 10 Personen (davon 5 Kinder) verletzt. Zwei Fahrzeuge verbrannten vollständig. Aus welchem Land das Flugzeug stammte, konnte noch nicht ermittelt werden.

1.7.92

DEMONSTRATION IN NUSAYBIN

Aus Protest gegen die Festnahme von 20 Personen bei Operationen in der vorgestrigen Nacht in Nusaybin und den umliegenden Dörfern demonstrierten ca 1500 Personen. Sie errichteten auf der Straße nach Cizre eine Barrikade. Als sich die Menge, in der sich viele Frauen und Kinder befanden, nicht zerstreute, nachdem sie von Panzern umzingelt wurden, setzten die Soldaten Tränengas ein. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Diyarbakir teilte mit, daß Hunderte von Personen festgenommen wurden. Den in den letzten Tagen im Südosten zunehmenden Morden mit unbekanntem Täter wurde gestern ein weiterer hinzugefügt. Eine Person namens Mustafa Ekinci wurde auf der Straße erschossen, die Täter konnten entkommen.

PKK ERSCHOSSEN 10 PERSONEN

PKK'ler, die in Hizan/Bitlis zwei Kleinbusse stoppten, erschossen die 10 Insassen, unter denen sich ein Dorfschützer befand. Im Gebiet von Sirnak wurde bei Gefechten mit PKK'ern, die die Grenze überschreiten wollten 3 Sicherheitskräfte und 5 PKK'ler getötet. Der SHP Abgeordnete von Mardin, Arıkan, erklärte, daß die Personen die vor ca. 2 Monaten im Bezirk Midyat auf einer Straße zwischen zwei Dörfern einen Kleinbus anhielten und 12 Personen töteten sowie 14 Personen verletzten, nicht wie bisher gemeldet PKK'ler waren, sondern Dorfschützer. Dies hätte

sich aufgrund von ballistischen Untersuchungen ergeben, die Arıkan aufgrund von Augenzeugenberichten veranlaßt hatte.

2.7.92

TÜRKISCHES FLUGZEUG IM NORDIRAK ABGESTÜRZT

Ein türkisches F-104 Flugzeug, das zu einem bewaffneten Aufklärungsflug - so der Generalstabschef - gestartet war, ist gestern im Irak 20 Meilen südlich von Semdinli, 7 Meilen innerhalb der irakischen Grenze aufgrund einer technischen Störung abgestürzt. Die türkischen Streitkräfte führen seit vorletzter Woche Operationen im Gebiet Semdinli durch. Bei Luftoperationen gegen die PKK habe man am 30.6. aus Versehen eine Bombe auf ein Feld abgeworfen, wodurch 2 Personen getötet und 10 Personen verletzt worden waren.

3 WEITERE MORDE MIT UNBEKANNTEM TÄTER

3 Personen wurden in Silvan auf dem Nachhauseweg von einem Beileidsbesuch bei den Angehörigen des von unbekanntenen Tätern in Diyarbakir ermordeten Silvaner Ramazan Yüce erschossen. Die Anzahl der Morde mit unbekanntem Täter in Silvan und Diyarbakir hat sich damit innerhalb einer Woche auf 8 erhöht. Von den in Nusaybin ca 1000 festgenommenen Demonstranten, die mit einem Sitzstreik die Straße nach Cizre abgesperrt hatten, wurden 200 freigelassen. Bei der Operation in Cizre vorgestern Nacht wurden 30 Personen festgenommen, darunter Journalisten der Zeitung Özgür Gündem sowie mehrere Angestellte der Stadtverwaltung.

3.7.92

DEMOKRATIEPRÜFUNG FÜR KOALITION

Die DYP schickt sich an, bei dem Entwurf über die Justizreform, die im Parlament neu beraten werden muß, Änderungen in Richtung der Veto-Begründung Özals vorzunehmen. Falls die SHP den Änderungen, die von Justizminister Oktay (SHP) abgelehnt werden, nicht zustimmen will, wird die DYP den neuen Entwurf alleine vor das Parlament bringen. In dem von Oktay vorbereiteten Gesetz sind im Höchstfall 8 Tage Polizeihaftdauer vorgesehen. Bei den Veränderungen der DYP soll die Polizeihaftdauer bei Terrorvergehen auf 15 Tage erhöht werden, die Anwaltskontakte des eines Terrorvergehens Angeklagten sollen erneut beschränkt werden.

12 TOTE BEI PKK-ÜBERFALL AUF DORF

Bei dem Überfall von ca 300 PKK'lern auf zwei Dörfer im Bezirk Caldiran wurden 12 Personen aus drei verschiedenen Familien, davon 2 Kinder getötet. Die PKK'ler beschossen die Häuser der Dorfschützer mit Raketenwerfern und Maschinengewehren. In Hakkari wurden einige öffentliche Gebäude mit Raketenwerfern beschossen.

4.7.92

PROTESTNOTE DES IRAK AN DIE TÜRKEI

Der irakische Botschafter in Ankara El Tikriti teilte mit, daß der Irak sowohl an Ankara als auch an die UNO eine Protestnote geschickt habe, da die Flugzeuge der Schnellen Eingreiftruppe von der Türkei aus Felder und landwirtschaftliche Maschinen im Nordirak mit Brandbomben bombardiert hätten und Tieffliegerangriffe geflogen seien. Das türkische Außenministerium bestritt, eine derartige Note erhalten zu haben.

VERBOTSANTRAG GEGEN HEP

Die Staatsanwaltschaft des Kassationshofes beantragte beim Verfassungsgericht das Verbot der HEP, da diese Partei Aktivitäten gegen die Unteilbarkeit des Landes und der Nation unternahme.

PKK-ÜBERFALL AUF POLIZEIWACHE

PKK'ler töteten bei einem Überfall auf die Jandarmawache Taskonak/Sirnak 6 Sicherheitskräfte, davon zwei Offiziere. Bei Gefechten in verschiedenen Gebieten wurden drei Militante getötet, bei Operationen in diesen Gebieten wurden insgesamt 35 Personen wegen Unterstützung der PKK verhaftet.

5.7.92

PENSIONIERTE TÜRKISCHE GENERALE IN ASERBAIDSCHAN

In Aserbaidschan sind mindestens 10 pensionierte türkische Generäle und Offiziere aus der Türkei als Berater in militärischen Fragen eingesetzt. Ein pensionierter Generalleutnant, dessen Name nicht genannt wird, wurde Militärberater des Präsidenten Elcibey. Die Erfolge, die Aserbaidschan in der letzten Zeit gegen die armenischen Milizen hatte, seien stark davon beeinflusst. Der türkische Generalstab stellte eine Liste von möglichen weiteren Beratern auf, da Elcibey die Türkei um Berater für den Aufbau einer ordentlichen Armee ge-

beten hat.

6.7.92

135 DORFBEWohner IN NUSAYBIN VERHAFTET

135 der an die 1000 festgenommenen Dörfler aus den Dörfern um Nusaybin, die aus Protest die Straße nach Cizre abgesperrt und sich trotz Panzern geweigert hatten, die Straße zu verlassen, wurden wegen Opposition gegen das Kundgebungs- und Demonstrationsgesetz verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

7.7.92

TARIFABSCHLUSS BEI TIGEM

Nach 2-maligem Verbot des Streikes bei TIGEM kam nun ein Tarifabschluß für 14 Monate zustande. In den ersten 7 Monaten erhalten die ArbeiterInnen 80 % Lohnerhöhung, in den zweiten 7 Monaten 30 %. Die durchschnittlichen Löhne von derzeit ca 1,3 Mio TL (ca 280 DM-TL) steigen damit rückwirkend zum 1.11.91 auf 2,7 Mio TL und ab 1.6.92 auf 3,5 Mio TL.

GECEKONDUS

Ca 60 % der 10 Mio Einwohner Istanbuls wohnen in Gecekondu. Jeden Monat kommen etwa 40 000 neue Abwanderer aus Anatolien nach Istanbul, die Tendenz ist steigend.

8.7.92

BEAMTENPROTESTE GEGEN NIEDRIGE GEHALTSERHÖHUNGEN

Die Veröffentlichung der Gehaltserhöhung für Beamte in Höhe von nur 25-30% durch die Regierung wurde bei den Beamten und ihren Gewerkschaften mit Protest aufgenommen. (Ein Beamter der niedrigsten Gehaltsstufe verdient damit 1,3 Mio TL Brutto im Monat, d.h. knapp 300 DM brutto-TL). Sie beschuldigten die Regierung, ihre Versprechen nicht gehalten zu haben, und beschlossen, ab heute bis zum 15 Juli Protestaktionen wie Kantinenboykott, kollektiver Arztbesuch, Unterschriftensammlungen und Bummelstreik durchzuführen.

3 ÜBERFÄLLE DER PKK

In Van, Kars und Arshahan wurden bei PKK Überfällen auf eine Jandarmawache und zwei Dörfer ein Soldat und vier Bürger getötet.

ZUNEHMENDE DELIKTE VON DORFWÄCHTERN

Die 12 Dorfwächter, die am 20.4. in

Midiyat/Calpinar einen Kleinbus angehalten und ein Massaker mit 8 Toten an den Fahrgästen verübt hatten, wurden verhaftet und aus dem Dienst entlassen. Das Verbrechen war von der Gouvernator des Ausnahmezustandsgebiets zunächst als PKK Aktion dargestellt worden. In Zusammenhang mit der Aufklärung der Tat durch Überlebende wurden neue Vorwürfe gegen die Dorfmitzen laut. Vor allem die Abgeordneten der Region behaupten, daß Dorfwächter bis jetzt viele Leute getötet hätten, daß diese Morde aber von den Sicherheitskräften vertuscht und der PKK in die Schuhe geschoben würden, so z.B. das Massaker am gleichen Tag in Midiyat/Turgali, bei dem bei einem ähnlichen Vorfall 4 Personen getötet und 7 Personen verletzt wurden.

10.7.92

1038 TOTE IN 6 MONATEN

Die türkische Menschenrechtsstiftung TIHV legte ihren Bericht für die ersten 6 Monate dieses Jahres vor. Danach sind bei (politisch motivierten-TI) gewalttätigen Vorfällen in diesem Zeitraum 1038 Personen gestorben. Diese Zahl setzt sich folgendermaßen zusammen: Bei Überfällen, gewalttätiger Behandlung, Folter, Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung und ähnlichen Praktiken durch die Sicherheitskräfte verloren 205 Personen ihr Leben. Die Anzahl der bei bewaffneten Zusammenstößen getöteten Sicherheitskräfte, Militanten und Bürger beträgt 549, 131 Personen fielen Morden mit unbekanntem Täter zum Opfer, 109 öffentliche Bedienstete, Polizisten und andere wurden bei Anschlägen und bewaffneten Übergriffen getötet, bei Angriffen gegen Zivilpersonen gab es 44 Tote. In dem Bericht wird die Auffassung vertreten, daß die Koalitionsregierung, die mit Demokratisierungs- und Menschenrechtsversprechungen angetreten ist, genau gegenteilig handelt. Es seien nicht die Menschenrechte geschützt worden, sondern die Personen, die die Menschenrechte verletzen. Einige Zwischenfälle und Zahlen werden so angegeben:

- Newroz Vorfälle: 92 Tote, 341 Verletzte
- Feuereröffnung auf Demonstrationen: 16 Tote
- Razzien in Häusern: 35 Tote
- Personen, die der Aufforderung stehenzubleiben nicht nachkamen, Personen, die lebend gefaßt und dann getötet wurden, zufällig erschossene u.a.: 51 Tote
- Verschwundene: 3 Personen
- Morde mit unbekanntem Täter: 86 Personen
- Festgestellte Foltervorfälle: 179 Personen, davon 6 Kinder und 32 Frauen

- Getötete Journalisten: 6

...

DICLE: VEDAT AYDIN WURDE VOM AMT FÜR SPEZIELLE KRIEGFÜHRUNG GETÖTET

Zum Jahrestag der Ermordung des HEP-Bezirksvorsitzenden von Diyarbakir, Vedat Aydin, der am 5. Juli letzten Jahres von bewaffneten Zivilpersonen mit Funksprechgeräten abgeholt und später ermordet aufgefunden worden war und bei dessen Beerdigung 8 Personen getötet wurden, wurden in Diyarbakir starke Sicherheitsvorkehrungen mit Panzern und Straßensperren getroffen. Der Abgeordnete der HEP aus Diyarbakir, Hatip Dicle erklärte, daß die Mörder nicht unbekannt seien, sondern daß Vedat Aydin von Einheiten des Amtes für Spezielle Kriegführung, das dem Generalstab untersteht, getötet wurde.

MORDE MIT UNBEKANNTEM TÄTER DAUERN AN

In Silvan, Viransehir und Ceylanpinar wurden aufgrund von Übergriffen von unbekanntem Tätern 2 Personen ermordet und 5 Personen verletzt.

11.7.92

ABGEORDNETE IM HUNGERSTREIK

Die 14 aus der HEP stammenden Abgeordneten haben einen 24-stündigen Hungerstreik begonnen, da sie von den Sicherheitskräften gehindert wurden, die Stadt Diyarbakir zu betreten, wo sie an den Gedenkveranstaltungen für ihren vor einem Jahr ermordeten Parteigenossen Vedat Aydin teilnehmen wollten. 40 ihrer Begleiter waren bei dem Versuch in die Stadt zu fahren, festgenommen worden, Pressekarten und Fotoapparate der Journalisten wurden beschlagnahmt. In Diyarbakir und den umliegenden Ansiedlungen sowie anderen Städten waren aus Protest gegen die Ermordung Aydins ein Großteil der Geschäfte geschlossen. Wegen Aufhetzung zur Schließung der Geschäfte wurden ca 100 Personen festgenommen.

VERFASSUNGSGERICHT VERBIETET SP

Das Verfassungsgericht beschloss die Schließung der Sozialistischen Partei SP wegen der Rede, die der Parteivorsitzende Dogu Perincek im Fernsehen gehalten hatte und wegen einer Broschüre mit dem Titel Lösung für das Kurdenproblem. Das Parteieigentum wurde der Staatskasse übertragen.



Polizeieinsatz in Istanbul gegen den Protest kurdischer Frauen gegen die Militäroperation in Sirnak

12.7.92

BOMBE FIEL AUS FLUGZEUG

In Semdinli/Hakkari starben zwei Personen, als aus einem türkischen Kampfflugzeug eine Bombe fiel. 17 Personen wurden verletzt.

PERINCEK'S ZWEITE ADRESSE: ARBEITERPARTEI

Die Sozialistische Partei, die aufgrund eines Beschlusses des Verfassungsgerichtes wegen verfassungswidriger Aktivitäten verboten wurde, wird ihre politischen Aktivitäten innerhalb der Arbeiterpartei IP fortsetzen. Satzung und Programm der IP seien im wesentlichen der SP gleich, so der SP-Vorsitzende Perincek.

POLIZEIRAZZIA IN KULTURZENTRUM

Bei einer Polizeirazzia im Ortaköy Kulturzentrum/Istanbul wurden 24 Personen, Künstler und Besucher, festgenommen. Die Razzia war durchgeführt worden, um die Mitglieder der Musikgruppe Grup Yorum zu suchen, gegen die Haftbefehl besteht.

13.7.92

3 PERSONEN ERSCHOSSEN

Im Bezirk Uludere wurde ein Kleinbus von einer Gruppe von 20 Personen angehalten und drei Insassen des Busses nach einer Ausweiskontrolle erschossen. Die Insassen waren auf dem Weg zu einem Beileidsbesuch zu den Familien von Arbeitern der Stadt Uludere, die von Dorfwächtern erschossen worden waren. Bei den Mördern soll es sich

wieder um Dorfwächter handeln. Die zweite Person der beiden Personen, die sich vorgestern in Mersin bei einer Polizeirazzia in einem Haus gegenseitig in den Kopf geschossen haben, um nicht der Polizei in die Hände zu fallen, ist ebenfalls getorben. Nach Angaben der Gouvernator soll es sich bei den Personen um PKK'ler gehandelt haben, die in Mersin Aktionen vorbereiteten.

14.7.92

21 PKK'LER GETÖTET

Bei Operationen der Sicherheitskräfte wurden bei Gefechten mit der PKK in Sirnak, Mardin und Hakkari 21 PKK-Militante und ein Angehöriger der Sicherheitskräfte getötet.

15.7.92

NEUER DOGRAMACI FÜR YÖK

Nach dem Rücktritt des YÖK-Vorsitzenden der letzten 11 Jahre, Dogramaci, ernannte Staatspräsident Özal den Rektor der 19.Mai Universität, Mehmet Saglam zum neuen Vorsitzenden des Hochschulrates YÖK. Saglam gilt als Zögling von Dogramaci, der aus Protest dagegen zurückgetreten ist, daß die Universitätsrektoren und führenden Verwaltungskräfte nunmehr von dem Lehrpersonal gewählt werden sollen. Diese Praktik führe nach Dogramaci zur Oligarchie und würde deshalb in demokratischen Ländern nicht angewendet. Durch die Wahl bestehe die Gefahr, daß die betrüblichen Zustände der 60er und 70er Jahre an den Universitäten wiederhergestellt würden. Dogramacis Rücktritt

wurde von weiten Kreisen, v.a. von Universitätspersonal und Berufsorganisationen mit Zufriedenheit aufgenommen.

16.7.92

BEAMTENAKTIONEN

Vor allem in Istanbul, Ankara und Izmir kam es unter dem Motto Wir wollen Tarifverträge, keine Almosen zu zahlreichen Protestaktionen der Gesundheitsbeamten, städtischen und anderen Beamten gegen die niedrigen Gehaltserhöhungen. Der eintägige Streik führte in den Krankenhäusern zu einer teilweisen, in den öffentlichen Dienstleistungen zu großen Behinderungen.

BELAGERUNG VON KÜCÜK ARMUTLU DAUERT AN

Knapp einen Monat nach der Operation durch 2000 Polizisten in dem Istanbul-Gecekondu Küçükarmutlu, befindet sich das Viertel immer noch unter Polizeibelagerung. Die Polizei benutzt die beiden Grundschulen des Viertels als Polizeiwachen. In den Straßen fahren ständig Zivilpolizisten Streife. Mehr als 2 Personen dürfen nicht zusammen auf der Straße laufen. Die Bevölkerung wird ermahnt, nach 21 Uhr nicht auf die Straße zu gehen. Bei Dunkelheit fahren Panzer durch die Straßen. Nachdem die Bevölkerung von Küçükarmutlu in der Presse als Terroristen abgestempelt wurde, kommt es nach jeder Pressemeldung zum Abriß von Gecekonduhäusern (wild gebaute Häuser in den Armenvierteln-TI) durch städtische Abrißteams.

AUSTRITTE AUS MCP NEHMEN ZU

Die Oppositionsbewegung innerhalb der Idealisten (faschistische Graue Wölfe die vor 80 in der MHP und nun in der MCP unter Führung von Alpaslan Türkes organisiert sind -TI) nimmt zu. Nach dem Austritt von Yazicioglu, dem ehemaligen Vorsitzenden der Idealistenvereine zusammen mit anderen Parteiführern, kam es zu weiteren Massenaustritten aus der MCP. Die MCP behauptet, daß die Ausgetretenen mit muslimischen Ordensführern verhandelt haben und eine islamische Partei gründen wollen.

TURHALLI: UNSCHULDIGE MENSCHEN WERDEN GEQUÄLT

Der HEP Bezirksvorsitzende von Diyarbakir, Turhalli, erklärte auf einer Pressekonferenz, daß im Südosten täglich zig Menschen getötet würden, daß die Menschen mit gefälschten Protokollen festgenommen und verhaftet würden und gefoltert würden.

17.7.92

19 PKK'LER GETÖTET

Bei einem 8-stündigen Gefecht im Bezirk Beytüşsebağ wurden 19 PKK'ler getötet sowie 7 Dorfwächter und ein Mädchen.

18.7.92

PKK-ANGRIFF AUF BERGBAUBETRIEB

Bei einem Raketenwerferangriff auf das Verwaltungsgebäude der staatlichen Kohlebetriebe TKI in Sırnak durch 500 PKK'ler setzten diese verschiedene Maschinen und das Gebäude in Brand. Der Schaden ist so groß, daß die Produktion eingestellt werden muß.

DISKUSSION UM DORFWÄCHTERSYSTEM

In den 5 Jahren seit der Einführung des Dorfwächtersystems wurden 172 Dorfwächter getötet, mehr als 500 Dorfwächter wurden wegen Amtsmissbrauch, Schmuggel, Entführungen u.a. aus dem Dienst entlassen. Mit den 1,5 Trill TL, die bisher für die Dorfmilizen gezahlt wurden, hätten 150 Fabriken gebaut und 45 000 Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden können, so der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Diyarbakir.

21.7.92

NÄCHTLICHE OPERATION IN ISTANBUL

Bei einer nächtlichen Razzia in einem Haus in Maltepe/Istanbul erschossen die Polizisten der Anti-Terror Spezialeinheiten 3 Personen, davon eine Frau. Es soll sich dabei um ein konspirative Wohnung von TIKKO gehandelt haben.

22.7.92

ÜBERFALL AUF JANDARMA-WACHE

Bei einem Überfall auf die Jandarma-Wache in Sivirtepe/Cukurca tötete die PKK 10 Jandarma Soldaten. Bei der anschließenden grenzüberschreitenden Luft- und Bodenoperation der Sicherheitskräfte im Irak wurde eine große Anzahl PKK'ler getötet.

23.7.92

PKK-ANGRIFF AUF SPEZIALEINHEIT

Bei einem PKK-Angriff auf ein Auto der Spezialeinheiten bei Mardin wurden 5

Polizisten und ein PKK'ler getötet. Bei einer Operation der Anti-Terror-Einheiten in Ankara wurden 32 PKK Mitglieder gefaßt, die Anschläge auf Bürokraten und Industrielle vorbereiteten.

25.7.92

11 PKK'LER GETÖTET

In Semdinli wurden bei Gefechten mit Sicherheitskräften 11 PKK'ler getötet. In einem Dorf bei Agri töteten PKK'ler 5 Männer einer Familie, die sich als Dorfwächter beworben hatten.

26.7.92

GAP-ERÖFFNUNG

Gestern wurde unter großen Feierlichkeiten der Atatürk-Staudamm des Südost-Anatolienprojektes GAP eröffnet, durch das Euphrat und Tigris miteinander verbunden werden. Die Feierlichkeiten kosteten 15 Milliarden TL. Von einigen ausländischen Staatsmännern und Diplomaten, die zahlreich an der Eröffnung teilnahmen, wurde die Befürchtung geäußert, daß das Projekt im Mittleren Osten Wasserprobleme aufwerfen könnte, daß sich dies innerhalb der nächsten 10 Jahre sogar zu einem Kriegsgrund ausweiten könne.

4 WEITERE MORDE MIT UNBEKANNTM TÄTER

In Diyarbakir wurde eine Person auf der Straße durch Kopfschuß von hinten erschossen, am nächsten Morgen wurde ein Verwandter dieses Mannes auf die gleiche Weise ermordet. In Mardin und Batman wurden je eine Person erschossen.

27.7.92

3 MORDE MIT UNBEKANNTM TÄTER IN BATMAN

In Batman, das als Zentrum der Morde mit unbekanntem Täter auffällt, wurden gestern im Abstand von einer halben Stunde drei weitere Morde verübt. Der/die Täter konnten unerkannt flüchten.

28.7.92

BEZIRKS-VORSITZENDER DER HEP FESTGENOMMEN

Der HEP-Bezirksvorsitzende von Aydin Lazgin Cuduz wurde zusammen mit 3 weiteren Vorstandsmitgliedern unter dem Vorwurf der separatistische Organisation/ PKK materielle und personelle Unterstützung verschafft zu haben, festgenommen. Eine Gruppe von

20 Personen, die daraufhin vor der Polizeiwache eine illegale Protestkundgebung durchführte, wurde ebenfalls festgenommen. Nach einer flüchtigen Frau, die einen Hauptkommissar durch Beißen in sein Bein verletzt hat, wird gefahndet.

29.7.92

IM SÜDOSTEN FLIESST WEITER BLUT

Bei Suchaktionen im Bezirk Diyadin/Agri trafen Sicherheitskräfte auf eine große Gruppe PKK'ler. Bei den Gefechten wurden 6 PKK'ler und ein Jandarma-Soldat getötet. Im Bezirk Kulp wurden bei Gefechten 1 PKK'ler und 3 Jandarma getötet. Bei einem Überfall auf eine Straßenbaustelle verbrannten PKK'ler mehrere Baufahrzeuge. In Mazidag/Mardin wurde ein Betriebsbus einer Firma von einer Gruppe Angreifer angehalten, eine Person aus dem Bus wurde erschossen. In Silvan wurden zwei Cafes von Unbekannten beschossen, 5 Personen wurden verletzt. Auf einen mit 40 Personen besetzten Lastwagen wurde gestern bei Hakari von einer Gruppe maskierter Personen geschossen, bei dem Überfall starb eine Frau und ein 2-jähriges Mädchen.

WASSERKRISE WÄCHST

Der erneute Vorschlag Syriens und des Iraks, ein Abkommen über die Nutzung des Wassers des Euphrat und Tigris abzuschließen, wurde wieder zurückgewiesen. Außenminister Cetin erklärte: Wir geben sowieso Wasser. Was für ein Abkommen wollen sie denn noch? Cetin leugnete die Behauptung, daß es bereits vor Fertigstellung des Atatürk-Staudammes ein geheimes Abkommen mit Syrien gegeben habe. Syrien bezieht ein Drittel seines Trinkwassers aus dem Euphrat.

30.7.92

EHEMALIGER GENERALADMIRAL BEI ANSCHLAG GETÖTET

Der ehemalige Generaladmiral Kemal Kayacan wurde gestern in seinem Haus in Istanbul getötet. Die Attentäter hatten die Militärbewachung vor dem Haus außer Gefecht gesetzt und Kayacan beim Betreten des Hauses erschossen. Zwischen 72 und 74 war Kayacan der Befehlshaber der Seestreitkräfte, zwischen 77 und 80 wechselte er als Abgeordneter der CHP in die Politik über.

POLIZEIRAZZIA BEI ZANA'S

Die unabhängigen Abgeordnete aus Diyarbakir, Leyla Zana und ihr Mann Mehdi Zana (ehem. Bürgermeister von

Diyarbakir-TI) wurden gestern morgen um 4 Uhr in einer Wohnung von Verwandten in Istanbul, bei denen sie zu Besuch waren, von einer Polizeirazzia überrascht. Nachdem Frau Zana den sich als Polizisten ausgebenden Männern in Zivil die Tür nicht öffnete, rief sie zuerst die örtliche Polizeiwache an. Da diese von keinem Durchsuchungsbefehl wußten, weigerte Frau Zana sich weiterhin, die Tür zu öffnen. Erst als bei einem Anruf bei der Anti-Terrorabteilung bestätigt wurde, daß es sich um deren Einheiten handele, öffnete Frau Zana die Tür.

Nachdem die Einheiten der Anti-Terrorabteilung die Wohnung durchsucht hatten, nahmen sie Mehdi Zana und die drei Verwandten ohne Begründung fest.

IN 7 MONATEN 136 MORDE MIT UNBEKANNTEN TÄTERN

In den letzten 7 Monaten wurden im Südosten 136 Personen von unbekannt Tätern ermordet. An der Spitze stehen Batman mit 38 Opfern, Silvan mit 30 und Nusaybin mit 21 Opfern. In dem Gebiet, in dem in der Woche durchschnittlich 4 Personen unbekannt Tätern zum Opfer fallen, macht sich die Angst breit, so daß viele Menschen die Region, in der sie leben, verlassen. In vielen Orten ist die Einwohnerzahl stark gesunken, so z.B. in Nusaybin von 70 000 Einwohnern bevor die Morde begangen auf jetzt nur mehr 25 000 Einwohner. Die Orte im Südosten wirken ab 17 Uhr abends wie ausgestorben.

Die Kette der Morde, die mit der Ermordung des Vorsitzenden der HEP von Diyarbakir, Vedat Aydin, am 5. Juli 91 begann, hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres immer stärker zugenommen. Der größte Teil der Opfer stammt aus dem Umkreis der HEP. Man behauptet, daß die Morde von den Kontr-Guerilla und den in einem Atemzug mit diesen genannten Hizbolah verübt werden. Bei keinem der 134 Morde wurde bisher auch nur ein Verdächtiger gefaßt.

ÖZGÜR GÜNDEM JOURNALIST IN POLIZEIHAFT

Der Mardiner Korrespondent der Zeitung Özgür Gündem, Bahattin Özen, ist seit 4 Tagen in der Sicherheitskommandatur Mardin inhaftiert. Özen war in Nusaybin festgenommen worden, nachdem er am 25.7. eine HEP-Delegation bei einer Untersuchungsreise durch die Region begleitet hatte. Nachdem er in Nusaybin freigelassen wurde, nahm man ihn kurz darauf beim Betreten von Mardin erneut fest.

31.7.92

MORD MIT UNBEKANNTEM TÄTER

Der Batmaner Journalist der Zeitschrift Özgür Halk, Cetin Abey, wurde vorgestern abend von unbekannt Tätern durch Kopfschuß getötet. In Nizip/Gaziantep wurde gestern die Leiche von Cuma Kaya gefunden. Kaya war vor 14 Tagen von unbekannt Personen aus seinem Haus abgeholt worden. Er starb offensichtlich in Folge von Schlägen.

HEP-BEZIRKSSEKRETÄR VON AYDIN VERHAFTET

Der Bezirkssekretär der HEP von Aydin, Lezgin Culdüz, der mit der Begründung festgenommen worden war, er habe die PKK finanziell und mit Personen unterstützt, wurde verhaftet. Eine Kommission des Zeitgenössischen Juristenvereins CHD wurde trotz Erlaubnis der Staatsanwaltschaft von den Angestellten der Anti-Terror Abteilung nicht zu dem mit 6 weiteren HEP'lern inhaftierten Culdüz zum Besuch zugelassen.

1.8.92

MÜLLSTREIK

Aufgrund des vor zwei Tagen begonnenen Streiks der städtischen Arbeiter haben sich in den Städten bereits riesige Müllberge angesammelt, die die Gesundheit bedrohen.

PKK-LAGER WERDEN BOMBARDIERT

Seit drei Tagen werden drei Lager der PKK im Nordirak von Flugzeugen der türkischen Luftwaffe bombardiert.

2.8.92

KALTE DUSCHE FÜR CETIN IN SYRIEN

Der syrische Außenminister Faruk el Sara erklärte Außenminister Cetin bei dessen Besuch in Syrien, daß die Worte von Demirel bei der GAP Eröffnung, das Wasser, das man den Nachbarländern zukommen lasse, sei ausreichend, die Hoffnung auf verbesserte Beziehungen zwischen den beiden Ländern zerstöre. Cetin dagegen ermahnte Syrien bezüglich des Terrorismus. Die Lager der PKK in Syrien seien nicht geschlossen worden sondern lediglich verlegt.

ZIEL DES VERDECKTEN KRIEGES: DIE PRESSE

Vorgestern abend wurde der Gercü-

ser Korrespondent der Tageszeitung Özgür Gündem, Yahya Orhan beim Betreten seiner Wohnung von unbekanntem Tätern erschossen. Die Redaktion der Zeitung Özgür Gündem, die während ihres 2 monatigem Bestehens bereits den zweiten Journalisten verloren hat, erklärte, daß die Morde an Journalisten ein Teil des schmutzigen Krieges gegen die Bevölkerung des Südostens sei.

Man wolle den Journalisten mit den Morden sagen: Entweder Ihr schreibt wie wir es wollen, oder ihr werdet getötet.

Die Verantwortung für die Angriffe auf die Presse trügen die politischen Machthaber.

Den Morden mit unbekanntem Täter in Silvan wurde ebenfalls ein neuer hinzugefügt. Ein städtischer Arbeiter wurde erschossen.

KEIN EINLASS FÜR ABGEORDNETE INS GEFÄNGNIS

Zwei Abgeordneten der DYP und der RP, beide Mitglieder der Menschenrechtskommission im Parlament, wurden bei einem überraschenden Überprüfungsbesuch aufgrund von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen der Zutritt zum Gefängnis Diyarbakir verwehrt.

3.8.92

SPANNUNGEN ZWISCHEN TÜRKEI UND SYRIEN BEREINIGT

Außenminister Cetin erklärte bei seinem Staatsbesuch in Syrien, Syrien habe die Worte Demirels bei der GAP-Eröffnung falsch verstanden. Der syrische Außenminister El Sara beruhigte Cetin bezüglich des Themas Terror:



Am 8.Tag des Streiks der Müllabfuhr



Kollegen des ermordeten Journalisten Hafiz Akdemir fordern die Bestrafung der Mörder

Man habe zwar noch nicht alle PKK Camps beseitigt, aber die Bemühungen dauerten an.

5.8.92

YENI ÜLKE WIEDER KONFISZIERT

Die Wochenzeitschrift Yeni Ülke vom 2.8. wurde vom Staatssicherheitsgericht wegen eines offenen Briefes von Ismail Besikci an den Präsidenten des Verfassungsgerichts Yekta Güngör Özden konfisziert.

6.8.92

KUGELN FÜR JOURNALISTEN

In den letzten 6 Monaten wurden im

Südosten 7 Journalisten ermordet. Gestern morgen wurde in Diyarbakir der Journalist der Zeitung Özgür Gündem, Burhan Karadeniz, auf dem Weg zur Arbeit durch Schüsse von unbekanntem Tätern schwer verletzt.

Karadeniz hatte sich einen Tag zuvor in einem Interview in Cumhuriyet zu der Schwierigkeit geäußert, im Südosten als Journalist zu arbeiten.

UNERTRÄGLICHER GESTANK IN DEN STÄDTEN

Am 8. Tag des Streiks der Müllwerker hat der Gestank in den bestreikten Städten unerträgliche Ausmaße angenommen. Die Tarifparteien konnten sich immer noch nicht einigen.

PKK NIMMT NORDIRAK IN DIE ZANGE

Die PKK, die die Kurdenführer des Nordiraks (Talabani, Barzani) wegen ihrer Zusammenarbeit mit der Türkei und den USA des Verrates an den Kurden bezichtigt, hat seit 23 Tagen zu einem Embargo gegen den Nordirak aufgerufen. Das Embargo zeigte Wirkung: Die Anzahl der früher täglichen Grenzüberfahrten von tausenden von Lastwägen an der Zollstation Habur ist auf Null gesunken. Die Zollinspektion Habur erklärte, daß, obwohl man den Lastwagenfahrern in beiden Richtungen jedwede Erleichterung zukommen lasse, niemand die Grenze überschreite. Es sei wie zu Zeiten der Golfkrise. Der Vertreter der PUK (irak. Kurdenorganisation Patriot. Union Kurdistans-TI) in der Türkei erklärte, daß die Aufrufe der PKK zu dem Embargo von der Bevölkerung befolgt würden und so die Bevölkerung des Nordiraks Gefahr laufe, hungern zu müssen. Das Embargo der PKK sei wirksamer als das

der UN oder Saddams. Die PUK habe sich an die türkische Regierung gewandt und um Hilfe beim Transport von Lebensmitteln und Hilfsgütern über die Grenze gebeten.

DER SÜDOSTEN IST WIE EIN OFFENES GEFÄNGNIS

Nach ihrer 15-tägigen Beobachtungsreise durch den Südosten legten die HEP Abgeordneten ihren Bericht vor. Die Abgeordneten erklärten, daß sie von den Sicherheitskräften belästigt und daß auf ihre Autos Warnschüsse abgegeben worden seien. Die Region stehe überall unter militärischer Besetzung, die Bevölkerung lebe unter schlechteren Bedingungen als in einem offenen Gefängnis. Die angebliche Bombardierung in Silo sei nicht wie vom Generalstab behauptet irrtümlich geschehen, sondern Kampfflugzeuge der Luftwaffe hätten die Menschen mit Maschinengewehren aus der Luft beschossen. Bei dem Vorfall seien 5 Personen getötet und 30 Personen verletzt worden. In der Region würden die von Deutschland geschenkten Waffen gegen die zivile Bevölkerung eingesetzt. Man habe Munitionshülsen gesammelt und werde sie der deutschen Botschaft übergeben.

7.8.92

KARADENIZ KÄMPFT MIT DEM TOD

Der gesundheitliche Zustand des vorgestern von unbekanntem Tätern angeschossenen Journalisten Burhan Karadeniz ist äußerst ernst. Falls Karadeniz den Anschlag überlebt, besteht die Gefahr, daß er gelähmt bleibt.

PKK-EMBARGO

Das PKK-Embargo gegen den Nordirak dauert an. Der Schaden für Kaufleute und Lastwagenfahrer durch das Embargo betrage mittlerweile 200 Mrd TL. Die Spannungen zwischen der PKK und den Kurdenorganisationen des Nordirak KDP und PUK steigen an. Man rechnet jeden Augenblick mit bewaffneten Auseinandersetzungen.

8.8.92

IN LICE 7 PKK'LER GETÖTET

Bei Gefechten zwischen der PKK und Sicherheitskräften in Lice kamen 7 PKK'ler sowie ein Leutnant und ein Soldat ums Leben.

9.8.92

NÄCHTLICHER ÜBERFALL DER PKK AUF CIZRE

Bei einem Überfall von ca 100 PKK-

Militanten vorgestern Abend auf das Regierungsgebäude und Gebäude der Sicherheitskräfte in Cizre mit Raketenwerfern, entstand durch den ausgebrochenen Brand ein großer Schaden. Die Gefechte dauerten 4 Stunden an.

10.8.92

WEITERER JOURNALIST ANGESCHOSSEN

Das PEN-Mitglied und Journalist der Zeitung Özgür Gündem, Hüseyin Deniz, wurde in Ceylanpınar beim Verlassen seines Hauses gestern Morgen von unbekanntem Tätern durch Kopfschuß von hinten schwer verwundet. Die Ärzte geben ihm keine Überlebenschance.

11.8.92

DER SÜDOSTEN IST GESPANNT

Gestern verstarb der 9. von unbekanntem Tätern angeschossene Journalist Hüseyin Deniz an den Folgen des Kopfschusses. Der Zustand des angeschossenen Journalisten Karadeniz ist nicht mehr lebensgefährlich, er ist jedoch teilweise gelähmt. Auf ein Gerücht hin, es würde eine Demonstration für einen erschossenen PKK'ler durchgeführt, sperrten gestern die Sicherheitskräfte die Zufahrtsstraßen nach Diyarbakir und nahmen Verdächtige fest.

Bei Überfällen der PKK auf eine Jandarma-Wache im Bezirk Erüh und ein Dorf bei Pervari wurden 6 Soldaten und 3 Zivilisten getötet.

12.8.92

VERDÄCHTIGER IM FALL DENIZ GEFASST

Zum ersten Mal wurde eine Erklärung bezüglich der Identität eines Verdächtigen bei den Attentaten auf Journalisten im Südosten abgegeben. Die Person, die bei dem Attentat auf Hüseyin Deniz Schmiere gestanden haben soll, wurde festgenommen. Während der Sicherheitskommandant von Ceylanpınar erklärte, die in den Anschlag verwickelten beiden Gymnasiasten, der 16-jährige festgenommene Nihat Baskat und der gesuchte Halil Gök seien Khomeini-Anhänger, erklärte Innenminister Sezgin, daß die Mörder von Deniz noch nicht gefaßt worden seien. An der Beerdigung von Deniz nahmen 2000 Personen teil.

15. AUGUST-ALARM IM SÜDOSTEN

Aus Anlaß des 8. Jahrestages des Beginns des bewaffneten Kampfes der

PKK am 15. August werden im Südosten ausgedehnte Sicherheitsmaßnahmen getroffen. An strategisch wichtigen Punkten werden Panzer postiert. Die Zufahrtsstraßen zu den Städten werden kontrolliert.

13.8.92

STREIK 2 MONATE AUSGESETZT

Der seit 14 Tagen andauernde Streik der 40 000 Arbeiter der Stadtreinigung in Istanbul, Ankara, Trabzon und Izmir wurde mit Beschluß des Ministerrates für 60 Tage ausgesetzt, da die Müllberge in den Städten die psychische und physische Gesundheit der Bevölkerung bedrohten.

ERKLÄRUNG DES BRUDERS DER ERMORDETEN JOURNALISTEN DENIZ

Der Bruder des durch Kopfschuß getöteten Journalisten der Zeitung Özgür Gündem, Hüseyin Deniz, erklärte, sein Bruder habe 3 Tage vor seiner Ermordung folgendes gesagt: Er werde seit einigen Tagen ständig von Zivilpolizisten beobachtet und verfolgt. Er glaubte, daß diese auf eine Gelegenheit warteten, ihn zu töten. Der Staat fühle sich durch die Entwicklung der fortschrittlichen Presse, insbesondere durch seine Artikel, gestört.

KOMITEE GEGEN JOURNALISTENMORDE

Gegen die Morde an Journalisten und die Repressionen gegen die Presse hat sich ein Demokratisches Initiativkomitee gebildet. Es setzt sich aus 61 Personen aus Massenorganisationen, Berufskammern, Zeitschriften und Verlagen zusammen. Das Komitee beschloß als erstes Solidaritätsaktionen mit Özgür Gündem und rief alle Journalisten und andere Personen auf, für Özgür Gündem ehrenamtlich zu arbeiten.

VERHÖRTECHNIKEN FÜR POLIZEI

Innenminister Sezgin erklärte, daß 20 hohe Bedienstete aus Polizei und Jandarma zur Weiterentwicklung ihrer Verhörtechniken ins Ausland geschickt würden. Die Ausbildung wird in Deutschland, England und Frankreich stattfinden.

MEHDI ZANA FREIGELASSEN

Der in Istanbul als Sympathisant der PKK festgenommene ehem. Bürgermeister von Diyarbakir und Ehemann der Abgeordneten Leyla Zana, Mehdi Zana wurde gestern vom Staatssicherheitsgericht freigelassen. Zana erklärte: Das Ziel des Staates ist es, mich und meine Frau zu beseitigen. Wir haben

uns mit Sicherheit vor dem Tod gerettet. (Die Zana's hatten bei der Razzia in der Wohnung von Bekannten, in der sie sich aufhielten, der Zivilpolizei erst die Tür geöffnet, nachdem sie mit verschiedenen Stellen telefoniert hatten -Ti)

14 MIO ARBEITSTAGE VERLOREN

Aufgrund der Streiks in den letzten 5 Jahren gingen 14 455 050 Arbeitstage verloren. Nach den Zahlen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit gab es in der Türkei von Jan. 87 bis Juni 92 insgesamt 533 Streiks an denen sich 454 120 ArbeiterInnen beteiligten.

14.8.92

ZEITUNGSLESER FESTGENOMMEN

In Istanbul wurde ein Mann festgenommen und gefoltert, weil er mit der Zeitung Özgür Gündem unter dem Arm herum lief. Bei einer Pressekonferenz des Menschenrechtsvereins erklärte er, man habe ihn beim Verhör gefragt, Warum liest du Özgür Gündem. Weißt du nicht, daß das eine Kurdenzeitung ist? und ihn dann gefoltert.

5 TOTE BEI RAZZIA GEGEN DEV SOL

Bei einer Polizeirazzia gegen zwei Wohnungen in Ankara wurden 5 Personen, davon 2 Frauen, nach Angaben der Polizei alle Dev-Sol Mitglieder, getötet. Die Razzia sei auf einen Anruf bei 055 hin durchgeführt worden. (Der 055 Polizei-Hilfesservice ist eine Telefon-

nummer, unter der Bürger vermeintliche Terroristen denunzieren sollen-Ti) Nachdem der Aufforderung der Polizei, sich zu ergeben nicht nachgekommen wurde, wurden bei der darauffolgenden Schießerei 5 Bewohner der Wohnungen erschossen. Ob Personen lebendig gefaßt wurden, darüber gab die Polizei keine Auskunft. Nach Beendigung der Operation hätten die Anwohner beifall geklatscht, seien in Türkei, Türkei-Rufe ausgebrochen und hätten die Nationalhymne angestimmt.

15.8.92

SPANNUNGEN WEGEN 15. AUGUST STEIGEN

Zum 8. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK wurde gestern bereits an verschiedenen Orten unerlaubte Demonstrationen durchgeführt, so in Adana, wo 2000 PKK-Anhänger demonstrierten. In vielen Orten des Südostens blieben die Geschäfte geschlossen. Es kam zu einer großen Anzahl von Festnahmen.

FRAUENBERICHT DES PARLAMENTS

Nach einem Bericht des Informationszentrums des Parlamentes zum Thema Frauen waren von 36 000 in der Türkei innerhalb eines Jahres begangene Verbrechen 19 745 Vergewaltigungen.

Die Anzahl der Männer, die ihre Frauen schlugen, habe in einem Jahr 1,1 Mio betragen. 6 Frauen würden pro Tag in Zusammenhang mit Schwangerschaft

oder Geburt sterben, im Jahr seien es 2200. 12% der Frauen habe 8 Kinder oder mehr, und 8 von 10 Frauen hätten ungewollte Kinder.

16.8.92

AKTIONEN ZUM 15. AUGUST

Zum 8. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK gab es folgende Vorkommnisse:

In Derik wurde eine Demonstration von 4000 Personen durch Panzer beschossen, 15 Personen wurden verletzt.

In Hazro wurde auf 300 Personen das Feuer eröffnet, 1 Toter, 4 Verletzte.

In Diyarbakir blieben ebenso wie in Batman die meisten Geschäfte geschlossen. 5000 zusätzliche Polizisten waren in Diyarbakir eingesetzt.

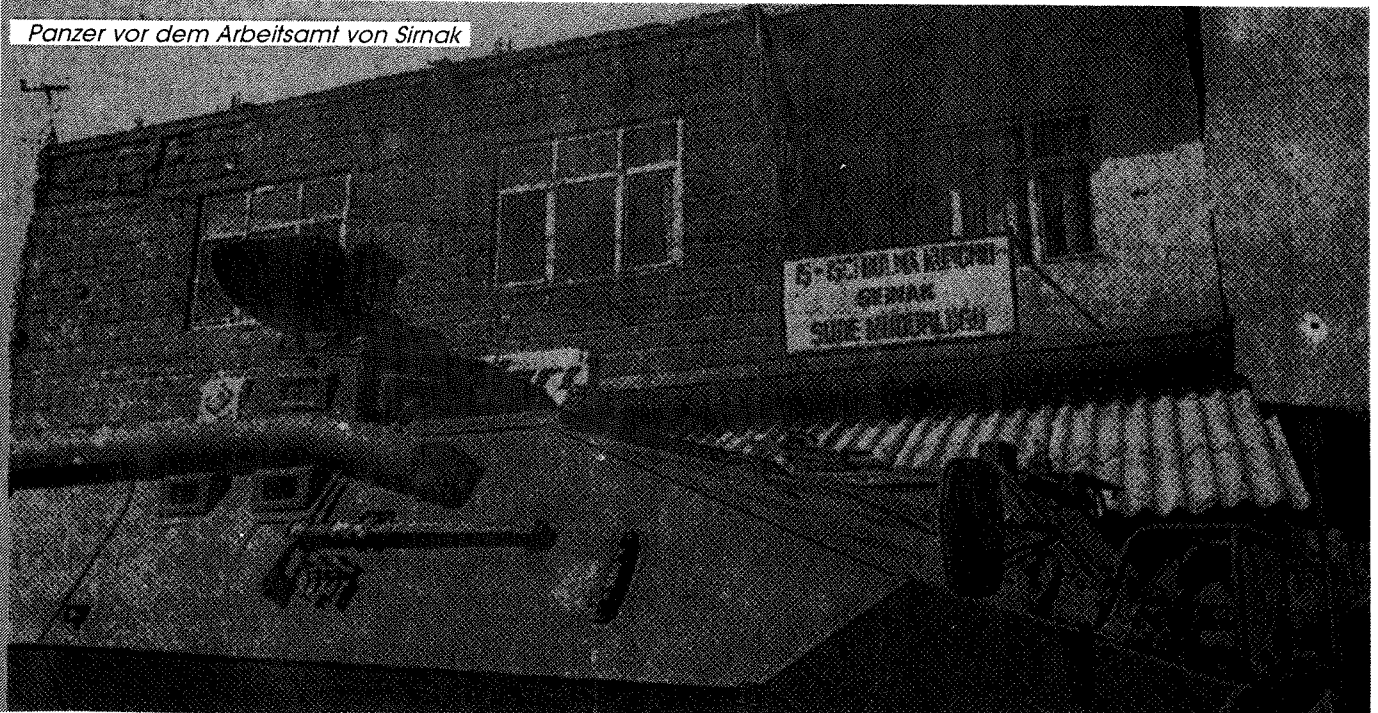
In Sirmak, Cizre und Silopi hatte die PKK Flugblätter verteilt. An einem Festtag werden die Geschäfte nicht geschlossen. Die Geschäfte blieben geöffnet, die Bevölkerung ging in Festtagskleidung auf die Straße. Insgesamt wurden 303 Personen im Südosten festgenommen.

17.8.92

IM SÜDOSTEN FLIESST WEITER BLUT

Die Demonstrationen anlässlich des 15. August wurden auch gestern fortgeführt. In Malazgirt wurde ein Demonstrant erschossen. Die HEP behauptet, daß am 15. August insgesamt 6 DemonstrantInnen erschossen wurden.

Panzer vor dem Arbeitsamt von Sirmak



Bundestag der Vorsitzende des gleichnamigen Ausschusses im türkischen Parlament, Herr Baki Tug, noch am 15.9. die deutsche Waffenfirma Jung Jungental in Kirchen (Neuwied) besucht.

In der gesamten Westtürkei (außerhalb des kurdischen Kerngebietes) ereignen sich flächendeckende Razzien und großangelegte staatliche Repressionswelle, die sich besonders auf die von Kurden bewohnten Elendsgebiete in Istanbul und auf die Region Adana-Mersin an der östlichen Mittelmeerküsten konzentrieren. Hier haben sich jene Menschen aus Kurdistan versammelt, die vor den Todesswadronen (Kontraquerilla) in ihren Heimatprovinzen geflohen sind.

Für die nach Westen geflohenen Überlebenden der türkischen Attacken hört die Verfolgung nicht auf. Sie werden allein durch ihre kurdische Herkunft, erkennbar durch Sprache und Eintrag im Personalausweis, als verdächtig angesehen. Bei regelmäßigen runden-ups der Polizei in den Teehäusern der Armutsviertel von Adana oder Mersin werden z.B. an einem Tag alle in Mardin (Kurdistan) geborenen, am nächsten Tag alle in Diyarbakir geborenen Kurden kurzzeitig verhaftet.

Gleichzeitig ist in der Türkei ein alarmierender "Anstieg von extralegalen Hinrichtungen" zu verzeichnen, wie amnesty international in ihren jüngsten Türkeibericht feststellt.

In der Kreisstadt Göle (Provinz Ardahan) wurde soeben ein Massengrab entdeckt, in dem die Leichname von 18 Personen gefunden wurden, die am 7. September 1992 von türkischen Sicherheitskräften hier verscharrt wurden.

In Anbetracht dieser Ereignisse fordert medico international neben einem Waffenembargo auch die Bundesregierung und speziell Innenminister Schnoor (NRW) dazu auf, die Aufhebung des Abschiebestops für Kurden aus der Türkei unverzüglich rückgängig zu machen.

Für die Richtigkeit
Hans Branscheidt
Medico international



Hungerstreik, Demonstration, Diskussionsveranstaltungen:

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄTSWOCHE MIT DEN TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN VÖLKERN IN FREIBURG!

Die "Türkei Information Freiburg" organisiert eine Solidaritätswoche zwischen dem 9. und 17. Oktober 1992, deren Programm wir an dieser Stelle wiedergeben.

PROGRAMM DER AKTIONSWOCHE VOM 9-17. 10.1992

9.10.

Beginn des 2tägigen Hungerstreiks
Ausstellung zur Menschenrechtssituation in der Türkei (Strandcafe)

10.10.

Demonstration ab Bertholdsbrunnen

12.10.

Türkei und Kurdistan aktuell - Information und Diskussion (Strandcafe, Adlerstr. 12, 20.00 Uhr)

13.10

Frauen in der Türkei (Strandcafe 20.00 Uhr)

14.10

"Sie haben Angst vor unseren Liedern!" -kurdische und türkische Lieder (Strandcafe 20.00 Uhr)

15.10.

Ist die Solidaritätsbewegung in der BRD in der Krise?
Diskussionsveranstaltung mit Freiburger Solidaritätsgruppen (Vorderhaus/Habsburger Fabrik 20.00 Uhr)

16.10.

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der BRD -Diskussion (Südwind, Lorettstr. 20.00 Uhr)

17.10.

Abschluß der Woche zur politischen Realität in der Türkei - Solidaritätsveranstaltung mit Musik